

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

110 (12.5.1922)

VOLKSFREUND

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 28 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 24 M.; in der Geschäftsstelle und bei untern Karlsruhern Abgaben abgeholt 2 M. monatlich. — Einzelheft 1 M. — Anzeigen: Die einpaltige Kolonelleite 240 M., auswärts 280 M. Die Reklamelleite 750 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — An- nahmeschluss 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Genua

Ueberreichung der russischen Antwortnote

Wie aus Genua gemeldet wird, ist die russische Antwortnote gestern mittags 11 Uhr von Tschitscherin persönlich überreicht worden. Die der Reichsregierung überreichte Antwortnote ist, wie die russische Antwort darauf, das es nicht unbedingt zu einem Bruch kommen muß.

Die russische Delegation kann nicht umhin, zu betonen, daß die Reparationsforderungen, welche statutenmäßig haben, einer engeren Annäherung zwischen Sowjetrussland und den fremden Mächten bedürftig sind. Die russische Delegation gibt daher den Wunsch zu erkennen, daß bei der Abfertigung der russischen Antwortnote die russischen Mächte anhängigen finanziellen Schwierigkeiten berücksichtigen und die russischen Mächte anhängigen finanziellen Schwierigkeiten berücksichtigen.

Das Urteil im Prozeß um Eisners Aktien

München, 11. Mai. In dem Verleumdungsprozeß des früheren Privatsekretärs Eisners, Felix Pfeifferbach, gegen den Herausgeber der süddeutschen Monatshefte, Prof. Gogmann, den Schriftleiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“, Emanuel Müller, den Schriftleiter des „Bayerischen Kuriers“, Oberhuber und den Schriftleiter des „Bayerischen Vaterlandes“, Dr. Gogelmaier, wurden durch Urteil des Schöffengerichts am 10. Mai die Verleumdungen der ersten drei Verfolgten von der Angeklagten als erwiesen erachtet, zu einer Geldstrafe von 500 M. bzw. 10 Tage Gefängnis verurteilt wurde. Der Privatsekretär Gogmann, Müller und Oberhuber zu tragen, während Dr. Gogelmaier die Kosten des Verfahrens gegen sich zu übernehmen hat.

Errichtung einer Bannecke um das Berliner Rathaus

Nach einer Korrespondenz-Meldung wurden in einer im Berliner Polizeipräsidium stattgefundenen Besprechung, an der Polizeipräsident Richter, Bürgermeister Müller und Vertreter des Magistrats und der Gewerkschaften teilnahmen, Maßnahmen zur Straßendemonstrationen vereinbart. Danach soll u. a. der Platz vor dem Rathaus in Zukunft freibleiben und ein längeres Geröllfeld am Rathaus nicht gestattet sein. Sicherheitsmaßnahme wird nur in beschränktem Umfang für die Offenhaltung des Verkehrs und die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung bereit gehalten werden.

Entschädigung für die zerstörten Zepeline

Nach dem „Reinhold Herald“ ist gestern vom Volkshofrat die Entschädigung, die Deutschland für die zerstörten Zepeline leistet, worden, wobei 8 Millionen auf die Vereinigten Staaten entfallen.

Zur deutsch-französischen Reparationsnote

Am Mittwoch den 10. Mai, dem ersten Geburtstag des Kabinetts Briegleb, hat der Staatssekretär Fischer der Reparationskommission in Paris eine neue Note der deutschen Regierung überreicht. Der Inhalt dieser Note ist, wie die Vorgänge, die ihrer Abfertigung vorangingen, einermessen ver folgt hat, dem ist klar, daß diese Note nicht einfach ins Blaue hinaus verfaßt und abgeschickt worden ist. Es sind ihr ausführliche Besprechungen in Genua und Paris vorangegangen, und weitere Besprechungen, zu denen sich der Reichsfinanzminister Dr. Herms nach Paris begeben wird, werden ihr folgen.

Man mündert sich daher nicht, daß die neue Note in äußerster persönlicher Ausdrucksweise abgefaßt ist, obwohl sie natürlich an dem sachlichen Standpunkt der Regierung, der durch die Tatsachen selbst diktiert wird, nichts ändern kann. Die deutsche Regierung kann nicht, wie die Reparationskommission das ursprünglich forderte, bis zum 31. Mai 60 Milliarden neuer Steuern beschließen lassen. Sie kann auch nicht der Reparationskommission oder deren Ausführungsorgan, dem Garantiekomitee, einen Einfluß zuteilen, der die Souveränität des Reiches inforsiert und die Gesetzgebung statt von der deutschen Volksvertretung von einer fremden Kommission abhängig machen würde. Das kann sie, wie gesagt, nicht, aber was kann sie in der Wirklichkeit? Sie kann der Reparationskommission einen Plan vorlegen, in dem sie darlegt, wie sie die Ordnung im Reichshaushalt wieder herstellen will, und sie kann sich bereit erklären, der Reparationskommission alle Auskünfte zu geben, die sie braucht, um die ihr durch den Vertrag von Versailles zugewiesene Arbeit verrichten zu können. Das kann die deutsche Regierung, und was sie kann, das zugleich im Vertrag von Versailles rechtlich begründet ist, das will sie auch tun.

Es läßt sich voraussehen, daß nach dieser Note die ganze Reparationsdebatte in ein etwas ruhigeres Fahrwasser geraten wird. In Frankreich ringen zwei Strömungen miteinander, die rein militäristische, die auf jeden Fall härteren möchte, und eine nüchternere, geschaftsbüchlerische, die auf jeden Fall so bald wie möglich Bargeld setzen möchte. Frankreichs Finanzlage ist überaus bedrohlich und jebermann sieht ein, daß man sie durch kostspielige militäristische Expedition, die am Ende doch nichts einbringen, nicht bessern kann. So kommt es, daß sich die Vorliebe für ein isoliertes Vorgehen gegen Deutschland in Frankreich auf sehr geringe Kreise erstreckt, während sich die weiteren ohnerget über die Frage unterhalten, wie es mit der Deutschland zu gewöhnlichen internationalen Anleihe sich, die wenigstens für die nächste Zeit, alle drückenden Reparationsfragen zu verschleppen imstande wäre.

Hier ergibt sich aber sofort die Unvereinbarkeit jener beiden Methoden; denn wenn man ein Land mit militäristischer Gewalt mahregeln bedroht, so vermehrt man sicherlich damit nicht seine Fähigkeit, zu zahlen und auch nicht die Lust der Gläubiger, ihm Geld zu borgen. Der Sichel des Marshall Hoeh, für den sich die nationalpolitischen Rinder begeistern, ist für die praktisch rechnenden Menschen kein Mittel, die Ausfichten Frankreichs auf Erhalt von Zahlungen zu verbessern, sondern nur ein gefährliches Werkzeug, mit dessen Hilfe auch die letzten Hoffnungen kaputtgemacht werden könnten.

Nachklänge zum Eisenbahnerstreik

Gestern vormittag begann in Erfurt das Disziplinarverfahren gegen die beiden Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten, Ernst Menne und Ludwig Thiem, sowie gegen den Vorsitzenden der Reichsgewerkschaft (techn. Beamte) Dillig. Die Anklage laut ihnen zur Zeit, daß sie die ihnen als Beamten obliegenden Pflichten erheblich verletzt, den Fortschritt des Eisenbahnerstreiks verursacht haben und für die Verlängerung des Ausstands eingetreten sind. Die drei Beschuldigten haben zwar zu, an dem Streik beteiligt gewesen zu sein, befreiten aber, den Streik vorbereitet zu haben. Die Meiner in der Verhandlung erklärte, sei der Vorstand der Reichsgewerkschaft von den Beamten im Lande aufgeföhrt worden, den Streik zu organisieren, falls diese nicht selbst Teilsaktionen unternehmen sollten.

Wie die Thüring. allg. Ztg. meldet, hat die Disziplinar-Kommission in dem Verfahren gegen die Mitglieder des Eisenbahnerstreiks im März ds. Jrs. das Urteil gefällt. Die Anzeigebildeten, Eisenbahninspektor Menne, Lokomotivführer Thiem und Eisenbahnsekretär Dillig wurden für schuldig befunden, und die Disziplinar-Kommission erklärte gegen sie auf Dienstentlassung. Von der Gewährung einer Teilentlassung wird abgesehen, da keine Gründe für eine milde Beurteilung der Handlungsweise der Beschuldigten vorhanden seien und außerdem Aussicht bestehe, daß die drei Angeklagten in der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten und Angehörigen einen ausreichenden Lebensunterhalt finden. Die Frage, ob die Angeklagten bei der Aufnahme der Rollen Beamte gewesen seien, wird bejaht. Ein Streikrecht der Beamten gäbe es nicht.

Zur Stabilisierung der Mark

Der bekannte Finanzfachverständige, Professor M. N. Ponn, macht über die Stabilisierung der Mark in der von Barbus herausgegebenen neuen Zeitschrift „Der Wiederaufbau“ interessante Vorschläge. Er weist zunächst nach, daß eine Regelung der fremden Wechselkurse durch bloße Zahlung eines Gleichgewichts im Staatshaushalt nicht herbeigeföhrt werden kann, solange nicht der Ausgleich der Zahlungsbilanz erfolgt ist.

Das stimmt mit den Erfahrungen überein, die man bei der Regulierung des Wechselkurses der verschiedenen Länder gemacht hat. Der Staatshaushalt ist bei ihnen dadurch ins Gleichgewicht gebracht worden, daß der Umfang der in Gold zu leistenden Zinszahlungen zeitweilig, sei es durch Binsfözung oder durch Anleihen vermindert wurde, während man den inneren Ausgleich nicht nur durch innere Steuern und innere Anleihen, sondern meist mit Hilfe einer Auslandsanleihe herbeiföhrt. Ein ähnlicher Weg wird auch in Deutschland beschritten werden müssen, wenn eine Regulierung der Mark versucht werden will.

Ein Moratorium ist zu diesem Zwecke nicht ausreichend. Der Hauptgläubiger Deutschlands, Frankreich, bedarf sofortiger Gelbzahlungen. Deutschland kann diese nicht sofort beschaffen, wenn ein weiterer Fall der Mark verhindert werden soll. Es mag die Ausgleichszahlungen und die anderen Leistungen im Betrage von etwa einer halben Milliarde fortsetzen und dazu vielleicht eine weitere halbe Milliarde Sachleistungen liefern. In den nächsten Jahren wird aber Deutschland größere Leistungen als eine Milliarde sicher nicht aufbringen können, wenn sich die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wesentlich ändern. Es bedarf, um auch für Reparationszwecke wirklich leistungsfähig zu sein, einer längeren Schonzeit. Diese Schonzeit mag man auf fünf bis sieben Jahre bemessen. Diese Schonzeit mag man auf fünf bis sieben Jahre bemessen. Diese Schonzeit mag man auf fünf bis sieben Jahre bemessen.

Eine derartige Anleihe würde aller Voraussicht nach ein starkes Abwinken der Goldbesitzer zur Folge haben. Sie würde die Möglichkeit zum Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz bringen und damit die Grundlage schaffen, von der weitere Bewegungen der Geldbesitzer eingebremst werden könnten.

Da es nach Ansicht des Verfassers unmöglich ist, durch eine Stillhaltung den Wert der Mark dauernd zu beeinflussen, so fordert er gleichzeitig mit der Gewährung der Anleihe die Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt.

Die Herabminderung der Jahresverpflichtungen auf eine Milliarde Geld würde die Kosten des Goldmarkhaushalts bei einem Dollarkurs von 30 von 200 Milliarden Mark Papier auf 80 Milliarden Mark herabdrücken; sinkt der Dollarkurs auf 200 M., so fällt die Belastung auf 50 Milliarden. Selbst wenn diese Summe nicht sofort aus Steuern eingebracht werden kann, so ist sie ohne weiteres durch eine fundierte innere Anleihe zu beschaffen; da das Publikum, das deutsche wie das ausländische, Markwerte zehnen wird, wenn sie der Gefahr der Entwertung entkommen können. Es bedarf dann keiner neuen Schatzwechsel mehr, es wird vielleicht sogar möglich sein, einen Teil der alten Schatzwechsel, wenn sie fallig werden, in fundierte Anleihen umzuwandeln.

Schließung der Daimler-Werke

Infolge kommunistischer Gewaltmaßnahmen hat, wie aus Stuttgart gemeldet wird, die Daimler Motoren-Gesellschaft ihren Betrieb auf sechs Wochen geschlossen. Der völligen Schließung der Daimlerwerke gingen, wie die Blätter melden, schwere Anstöße vor dem Werke voraus. Die arbeitswilligen Angestellten, auch die kaufmännischen, wurden zum Teil liberal ausgerichtet und mißhandelt und an dem Betreiben des Werks verhindert. Auch dritte Personen wurden arg bedrängt. Einem Norddeutschen wurden nicht nur buchstäblich die Kleider vom Leibe gerissen, sondern auch beargwöhnt, daß er im Werke verbunden werden müßte.

Reinfall antisemitischer Knüppelhelden

Eine Gegen demonstration der Arbeiter
Eine heftige Aktion wurde gestern dem unter dem Namen „Knüppel-Kunze“ bekannten Berliner Antisemiten Kunze in Dresden zu teil. Die deutsch-sozialistische Partei, die in Dresden besteht, aber keine Truppen hat, wollte am Freitag Abend den selben Kunze in einer öffentlichen Versammlung sprechen lassen. Trotz aller möglichen Vorbereitungen, sogar durch Aufbietung von Jungmannschaften gelang es Kunze nicht, seinen Vortrag über das Thema „Sollen wir verhungern?“ zu halten. Die Dresdener Arbeiter hatten es sich vorgenommen, Knüppel-Kunze einfach abzuschüteln. Mit überwältigender Mehrheit wegen seines Vorlesens und seiner Taten von der Tagesordnung abzusehen, angenommen. Als Kunze trotzdem zu sprechen verdrängte, wurde er gezwungen, abzutreten. Von den deutsch-nationalen Ränglingen, die angesichts der Sachlage verließen ihre Fahnen und schwarz-weißen roten Bänder abnahmen, wurden einige festgehalten, die unter ihren Mänteln an Lederriemen, Dolchmesser und Gummitasche Knüppel bei sich trugen, die ihnen abgenommen wurden. Weiter wurden zwei Personen, die am Eingange zum Versammlungsort mit Gummitasche und Seitengewehr zu sich aufgestellt hatten, zur Wache gebracht. Ein neues Büro bildete sich, das dann die Versammlung fortführte. Knüppel-Kunze und seine Anhänger mußten, da sie aus der Masse nicht herauskonnten, bis zum Schluß der Versammlung belohnen.

Gegen die festgestellten und die noch festzustellenden Vorfälle soll eingeschritten werden. Ein größeres Aufheben soll wegen der zu erwartenden tätlichen Zusammenstöße oder Beschädigungen des Sozialdemokraten eingeschätzt werden, brauche nicht einzugreifen, da die Versammlung ein ruhiges Ende nahm.

Deutscher Reichstag

Berlin, 11. Mai. Das Haus beginnt um 1 Uhr mit der Fortsetzung der zweiten Lesung des Haushalts des Reichsverkehrsministeriums.

Hr. Dr. Quast (D.Vp.) teilt den Optimismus des Ministers nicht. Gemäß hätten sich die Leistungen der Eisenbahn im letzten Jahre gebessert, aber ihrer eigentlichen Aufgabe der Güterverteilung zur rechten Zeit und an rechten Orte, sei sie nicht gerecht geworden. Das gelte besonders von der Kohle. Die Personalausgaben seien im Verhältnis zum Rückgang der Kilometerleistungen übermäßig gestiegen.

Reichsverkehrsminister Gröner sichert zunächst für die Zukunft eine schnellere und regelmäßige Erstattung des Geschäftsbereiches zu und betont, daß er sich von seinem Optimismus nicht abbringen lassen werde und daß er das feste Vertrauen zum Personal und zu seinen Mitarbeitern habe, daß die Eisenbahnverwaltung wieder vorwärts kommen werde. Zweifellos sei der jetzige Personalapparat nicht imstande, dem Salutaritätswert der Eisenbahnverwaltung als Gegenüber zu stellen, sondern sich dementsprechend mit ihr demühen, den Leistungsstand zu heben, was das beispielsweise die Hamburger Kaufmannschaft in dankenswerter Weise getan habe. Das Defizit von 1920 in Höhe von 15,6 Milliarden drücke noch heute auf unsere Verwaltung. Als das Defizit schon um etwa 5 Milliarden herabgemindert war, kam die neue Salutabelle und ließ es wieder auf 11 Milliarden ansteigen. Das laufende Jahr werde aber wesentlich günstiger ablaufen. Solange aber Gehälter, Löhne und Materialpreise das Ergebnis der Eisenbahn weiter als Schraube ohne Ende beeinflussten, sei eine ruhige Entwicklung nicht möglich. Der Minister geht sodann auf die Personalpolitik ein und meint, daß diese in erster Linie von der Wohnungsverhältnisse abhängen. Im übrigen müsse dem Grundgedanken: „Dem Trächtigen freie Bahn“ ohne Rücksicht auf das Dienstalter nachgegeben sein. Wenn Ministerialratsstellen gestrichen würden, so würden darunter wieder die Techniker stehen, die für die Elektrifizierung der Bahn dringend gebraucht würden.

Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften über die Dienst- und Arbeitszeit dürften in diesen Tagen zu einem befriedigenden Abschluß kommen. Was das Streikrecht anbelangt, so seien die Beamten noch kurz vor dem Eisenbahnstreik darauf hingewiesen worden, daß ein solches ihnen nicht zustehe. Die für die Disziplinierung der am Streik beteiligten Beamten herausgegebenen Richtlinien würden streng gehandhabt. Neue Verfahren seien schon seit Wochen nicht eingeschritten worden, abgesehen von einigen besonders schweren Fällen. 105 Fälle seien auf dem Disziplinarwege erledigt worden, weitere 40-50 Fälle seien noch in der Schwebe, und 168 Minderungen seien ausgesprochen. Diese geringen Zahlen seien bei den etwa 100 000 am Streik beteiligten Beamten kaum ins Gewicht. Bei den Vorfällen kämen allerdings die Disziplinierten nicht in Frage. Im übrigen werde der Streik von der Verwaltung als etwas Vergangenes angesehen, um das Vertrauen zwischen Beamten und Verwaltung wieder herzustellen.

Die Islandfischer

Von Pierre Loti
(Fortsetzung)

Die Ritzfiguren standen noch weit offen, und mit dem Weisheitsgeruch zog gleichsam der Rest unbeschäftigter Stimmung hinaus; auf den Treppentufen lag noch das gestaute Grün und in dem weiten düstern Gewölbe flackerten die Kerzen; zahlreiche Kolibris hingen allerorts an den geweißten Wänden. Neben vertriebenen Mädchen kam ein Zug von Bräuten verschollener und den Witwen der Schiffbrüchigen aus der Toten-Lapelle; und wie sie so mit geanterten Augen, den glatten weißen Säubchen und Trauerschleier schweigend durch die bunte Menge schritten, mochte sie den Uebermühten wohl zu einer schaurigen Vorstellung dienen! Und ganz in der Nähe das ewige Meer, die große Erndterin und Jerslöcherin dieses fröhlichen Gesellschaft; drauf sah ich es an seinem Teufel das Fest misstern zu mollen.

Von all diesen Dingen empfing Gaud nur einen verworrenen Eindruck; sie lagte zwar und war erregt, im inneren Herzen aber doch bedrückt davon, daß sie fortan hier leben sollte. Sie ging mit ihren Altersgenossinnen auf dem Platz umher, wo Spielbuden und Seiltänzer alle aufgeschlossen waren; und die jungen Mädchen bezeichneten ihr die Männer aus Paimpol oder Ploubazlanec mit Namen. Vor den Niederjüngern stand ein Trupp Mäuler und hörte zu; einer davon war von Meisengestalt, und als die Mädchen hinter ihnen vorbeiging, sagte Gaud mit leichtem Spott: „Das ist aber ein großer!“ der jedoch nicht ausgesprochene Gedanke war: „Wer den da heiratet, hat nicht viel Platz neben ihm im Haus!“

Der Riese hatte sich umgedreht und sie vom Kopf bis zu Fuß mit einem Blick gemustert, der zu sagen schien: „Wer ist denn das feine Mädchen in der Landestracht? man hat sie doch noch nie gesehen!“

Darauf hatte er höflich die Augen gesenkt, um sie nicht durch Anstarrn zu beleidigen; er schenkte aufmerksam dem Gesang zu lauschen und man sah weiter nichts mehr von seinem Kopf als das zornliche lange und rauhe Haar.

Während Gaud nach dem und jenem Namen gefragt, hatte sie nach diesem nicht zu forschen gewagt: das feine Profil, der stolze, etwas schneue Blick, die prachtvollen braunen Augen hatten Eindruck auf sie gemacht und sie zugleich eingeschüchtert.

Hr. Wieland (Dem.): Die Eisenbahnen müssen wieder zum Rückgrat unserer Finanzen werden. Die Ausschufträge bewegen sich in dieser Richtung. Das Arbeitszeitgesetz muß die bestehenden Vorschriften weniger arbeiten als die Süddeutschen. Andererseits darf gegen die am Streik beteiligten Beamten keine Maßregeln getroffen werden.

Verkehrsminister Gröner: Das Gutachten des Reichsverbandes der Industrie schätzt den Personalbedarf zu niedrig, wie ich aber bemerkt, das Personal auf das notwendige Maß zu vermindern. Die Kohlenversorgung soll und muß sichergestellt werden. Ueber die Schwierigkeiten der Wagenstellung sind wir jetzt hinaus. Jetzt müssen auch die Straßen mit allen Kräften gefördert. Halbenstunden sammeln sich nicht allein wegen Wagenmangels an, sondern es müssen auch die Arbeitskräfte zum Verladen vorhanden sein. Seit dem 1. April sind die Halbenstunden auch wesentlich zurückgegangen. Die Kriegsschäden an den Lokomotiven werden bis zum 1. April 1922 vollständig beseitigt sein. In der Frage der Tarifpolitik wird der neue Reichsverband seine Beratungen am 1. Juli aufnehmen. Die auf Niedrighaltung der Personalarbeit gerichteten Wünsche werde ich wohlwollend prüfen. Für bestimmte begrenzte Aufgaben bin auch ich ein Freund gemeinschaftlicher Unternehmungen, soweit das aber auf die Reichsbahn Anwendung finden kann, bleibt sehr zu überlegen.

Hr. Aufhäuser (N.S.): Der Kampf um die Eisenbahnen spiegelt deutlich die wiedererlangte Macht des Privatkapitals wieder. Der Reichsverband der Industrie arbeitet still aber wirksam an der Ueberführung der Bahnen in den Privatbesitz. Darüber stehen auch die Ausführungen des Dr. Reichert keinen Zweifel, und die Erklärungen des Ministers waren mehr als laut. Die Ueberführung der Eisenbahnen wird nicht auf die neue Staatsform zurückzuführen, sondern auf diejenigen, die den Krieg und seine Folgen verschuldet haben. Die Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie ist ein demagogisches Machwerk, das in der Anlage der Ursachen des Defizits die Tatsachen auf den Kopf stellt.

Die eigentliche Unterbilanz der Eisenbahn hängt nicht mit der bürokratischen Verwaltung zusammen, sondern mit den Kriegsschulden. Die Utopia zählt heute noch geradezu lächerlich geringe Zahlen. Die Personalausgaben fallen gegenüber den gestiegenen Materialpreisen kaum ins Gewicht. Eine stärkere Kontrolle der Industrie mit Rücksicht auf die Interessen der Allgemeinheit könnte die industriellen Ausgaben wesentlich zurückführen. Die Sozialversicherungscommission hat die richtigen Wege zur Entlastung der Eisenbahnen gezeigt. Erst wenn die Postaffären in den staatlichen Besitz übergeführt werden sind, werden die Eisenbahnen die Erträge abwerfen, deren wir bedürfen. Redner behauptet, daß trotz aller Versprechungen die Vergeltungspolitik wegen des Streiks im vollen Gange sei, und daß infolgedessen die Privatindustrie den Aufschwung abzubauen beginne.

Aufhäuser schließt seine mehr als zweistündigen Ausführungen mit einer Warnung an den Minister, die Führer der Gewerkschaften zu mahnen.

Hr. Daur (Wahr. Vp.) wendet sich gegen die Zentralisierung des Beschaffungswesens für die Eisenbahnen.

Hr. Baarh (Komm.) richtet heftige Angriffe gegen die Verwaltung wegen der Währungsreform und am Streik beteiligten Eisenbahner und gegen das Arbeitszeitgesetz. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

Morgen mittags 1 Uhr: Einzelberatung und Anfragen.

Erhöhung der Beamtenbezüge

Berlin, 11. Mai. Der Hauptausfluß des Reichstages betraf heute das Haushaltsgesetz und die neuen Gehaltsverordnungen. Angenommen wurde die Regierungsvorlage. Danach beträgt der Feuerungsbeitrag in den Bezügen der planmäßigen und außerplanmäßigen Reichsbeamten:

1. Vom 1. bis 30. April 1922 zum Grundgehalt, den Diäten und dem Urlaubsgeld, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M nicht übersteigen, 60 Proz., im übrigen 50 Proz.

2. Vom 1. Mai 1922 ab zum Grundgehalt, den Diäten und dem Urlaubsgeld, soweit diese Bezüge den Betrag von insgesamt 10 000 M nicht übersteigen, 120 Proz., im übrigen 65 Proz. Außerdem zu den Ueberzahlungen 65 Proz. Eingefügt wurde ein Paragraph, der bestimmt, daß die Dienstzulagen an Ministerialräte für die Führung von Direktionsgeschäften und an Offiziere in gleichen Stellungen der Reichswehr vom 1. Mai 1922 ab 16 000 M jährlich betragen sollen. Daron sollen 6500 M nicht pensionsfähig sein. — Ministerialdirektor von Schlieben erklärt nach Annahme der Regierungsvorlage, daß nunmehr die Stellen sofort angewiesen werden, den Beamten die Erhöhungen auszusprechen.

Die Beratungen über die Sicherung der Ernährung

Im Hauptausfluß des Reichstages wurde am Dienstag die Debatte über die Getreidemenge fortgesetzt, in deren Ver-

lauf Reichs Ernährungsminister Professor Fehr ausführte, seine Einstellung zur öffentlichen Getreidewirtschaft sei insofern eine grundsätzliche, als die Volksernährung unter allen Umständen gesichert und der Wrotpreis erträglich gestaltet werden müsse. Der Minister widerlegte wieder einmal die Behauptungen, deres habe im vorigen Jahre versprochen, die Umlage werde nicht wiederkehren. Er habe eine Aufhebung des Umlageverfahrens davon abhängig gemacht, daß nicht neue schwerwiegende Umstände im Wirtschaftsleben eintreten, die die Einfuhr des Getreides unmöglich machen. Das sei aber insofern eingetretten, und daher sei es nicht möglich, auf die Umlage zu verzichten. — Bei der Debatte über die Nationalitätspolitik forderte Genoffin Bekum-Schub die Sicherung der Erfüllung der abgeschlossenen Lieferungsverträge, damit nicht wieder, wie im vorigen Herbst, verabschiedete Vertragsklauseln an andere Stellen geliefert werden, was man höhere Preise erzielt. Die Preise müßten unter Zugrundelegung der Friedenspreise einheitlich festgelegt werden. Wenn die Landwirtschaft die Einbeziehung für ihre Produkte mit der Geldentwertung begründe, dann müsse sie auch die Höhe dem jetzigen Geldeinhalt anpassen. Wenn heute für Kartoffeln 300 M gefordert werden, dann liegt ein Wucher bei der Landwirtschaft und beim Großhandel vor, gegen den einzukreiten die Regierung verpflichtet ist. Minister Fehr sprach sich gegen eine Zwangsbeschaffung der Kartoffeln und ein Umlageverfahren aus. Die Sicherung der Versorgung müsse auf dem Wege der Lieferungsverträge erreicht werden. Für die notwendige Wagenstellung seien bereits die erforderlichen Schritte eingeleitet worden. Es sei zu hoffen, daß man auf dem Wege der freien Vereinbarung zu Preisen in angemessenen Grenzen gelange. Bei der Behauptung der Bundeswirtschaftsminister Genoffe, daß auf die Preisgemeinschaft der Bundesstaaten hin und laute, daß es sich hier um ein streng monopolisiertes Gewerbe handle, das auch eine Zwangsbeschaffung darstelle, die allerdings den Zweck habe, die Preise hoch zu halten und das Volk auszubeuten, und beispiellose Gewinne zu erzielen. In der Abstimmung wurde u. a. ein Ferntramsantrag angenommen, der besagt, daß eine Getreidemenge in der bisherigen Form nicht möglich sei, da sie die notwendige Vermeerung der landwirtschaftlichen Erzeugung gefährde. Die Sicherung der Versorgung des Volkes mit Brotgetreide müsse die rechtzeitige Sicherstellung einer genügenden Vorratsreserve unter Berücksichtigung des Preisrisikos für Wintergetreide verlangt werden. Eine andere Resolution des Senats, die den Abschluß von Brotlieferungsverträgen in Kartoffeln und anderen Erzeugern und Verbraucher durch Vermittlung der Reichsregierung forderte, wurde angenommen.

In der Mittagspause wurde ein sozialdemokratischer Antrag, den Aufschwung des Reiches zu den durch die Empfindnahme der ausländischen Lieferungen und der sonstigen Durchführung der Auslandsbezüge entstehenden Kosten von 71 Millionen auf 100 Millionen zu erhöhen, abgelehnt. Für die Verbilligung des Auslandsgetreides für die Brotversorgung wurden 953 Millionen Mark bewilligt.

Aus der Partei

Nachh. Soc. Verein. Auf das am Sonntag, 14. Mai, nachmittags 2 Uhr, im Garten zur „Aron“ stattfindende Versammlen des Sozialdemokratischen Vereins sei nachdrücklich aufmerksam gemacht. Die Genossen erwarten auch den Besuch unserer Parteifreunde aus den umliegenden Orten, besonders auch aus Karlsruhe.

H. Köhling, 9. Mai. Wie die Schlußreden erläutern, soll am Montag, 8. d. M., der junge Kaplan der hiesigen Gemeinde in einer Schlußrede eine Stunde zu früh zum Reichstagsunterhaus erschienen sein. Die Ueberlieferung ist, daß er dort, worauf beide in einem heftigen Wortwechsel gerieten, der sogar bei dem jungen Kapitan in Handgreiflichkeiten ausartete. Daß dieses Vorfall in der Zeitung veröffentlicht wurde, ist nicht bestritten, wird wohl niemand behaupten wollen. Es dürfte Sache der Disziplinbehörde sein, die notwendigen Schritte zur Unterbindung der Angelegenheit zu tun. Dem Herrn Ortsgemeindeführer sei bei dieser Gelegenheit ein Herz gelegt, er möge, wenn ein Arbeiter herbeigeworfen wird, ebenso lange am Grabe verweilen, wie es bei „besseren“ Beerdigungen der Fall ist, und nicht kurzerhand davonziehen!

Parteilosen und Leser des „Volksfreund“

berücksichtigt bei euren Einkäufen die

Geschäftliche Rundschau!

Kauft nur bei den Geschäftsleuten, die eure Presse mit Anzeigen unterstützen!

Das war also „der junge Gaud“, von dem sie bei den Moans stets hatte reden hören als von Schwefers Freund! Am Abend desselben Tages waren ihr die beiden Freunde begegnet als sie mit ihrem Vater ging; sie gingen Arm in Arm und Schwefer blieb sofort stehen, um die Verwandten zu begrüßen.

Gaud hatte ihn stets als einen jungen Bruder betrachtet und als entferntere Verwandte blickte sie sich. Sie hatte im ersten Augenblick mit dem Du geredet, als sie den hochgewachsenen Siebzehnjährigen mit dem schwarzen Bart erblickte; als sie aber sah, daß die guten lindlich blickenden Augen dieselben geblieben, hatte sie sich schnell wieder mit ihm zurecht gefunden. Wenn er sonst nach Paimpol gekommen war, hatte sie ihn immer zum Essen dabei, denn bei ihm zu Hause ging es gar knapp zu und er hatte sehr guten Appetit!

Um der Wahrheit die Ehre zu geben, so war Gaud bei dieser ersten Begegnung, die an der Ecke eines düstern Gäßchens stattfand, nicht besonders artig gewesen. Er hatte sich darauf beschränkt, mit einer fast vornehm zu nennenden Art den Hut abzuschüteln, und nachdem er sie schnell wieder noch einmal angeschaut, ließ er die Augen zur Seite schweifen, als wäre ihm die Begegnung unangenehm und als ob ihm daran läge, möglichst schnell weiter zu kommen. Ein harter Westwind segte die grünen Zweige zur Seite, die bei der Prozedur gestreut worden waren, er drehte die weißen Flügel zusammen, die immer noch an den Häufertänden hingen; und der Himmel drohte Regen. Gaud erinnerte sich jetzt am Ende ihrer langen Träumerei, wie die ärmlichen und ängstlichen Leute sich vor dem Regen in die Schänke geflüchtet hatten. . . . und der Gine da vor ihr ärgerte sich offenbar, ihr in den Weg gelaufen zu sein! Wie anders war es seit jenem Abend in ihr geworden!

Und welch ein Unterschied zwischen dem Räm jenes Festtages und der Stille an diesem Sonntagabend, wo die Stadt wie ausgehoben schien! Bangsam senkte sich die Dämmerung herab und immer noch sah das vertriebene Mädchen am Fenster, träumerisch und allein.

Die zweite Begegnung hatte bei einer Hochzeit stattgefunden. Der junge Gaud war Gaud zum Brautheirn bestimmt und sollte sie führen. Jetzt hatte sie sich vorgerebet, ärgerlich darüber zu sein, daß sie am Arm dieses langen Menschen, der allen durch seine Größe auffiel, durch die Stadt gehen sollte, und der sicher nicht wußte, wie man sich zu verhalten hat. Genau ge-

nommen, hätte sie sich aber durch seine stolze und etwas stolze Art eingeschüchtert.

Zur festgesetzten Stunde war die Hochzeitsgesellschaft vollständig versammelt und nur Gaud fehlte noch. Man wartete, aber er kam nicht und endlich wurde beschloffen, nicht länger auf ihn zu warten. Da wurde Gaud inne, daß sie sich nur für ihn allein geschminkt hatte, und daß sie ohne ihn weder am Hochzeitstag, noch am Tanz Vergnügen finden würde.

Endlich erschien Gaud und aufschuldig sah ohne Verlegenheit bei den Brautleuten. Der Grund seines Spätkommens lag hand darin, daß von England aus eine große „Pan“ Fische signalisiert worden war, die in der Richtung von Ploubazlanec am Abend vorüber kommen würde. Diese Nachricht hatte einen wahren Aufruhr in Ploubazlanec hervorgerufen, und was nur an Barken im Hafen war, mußte eilig demant und zum Fang hergerichtet werden. Selbst im kleinsten Dorf war alles auf den Weinen; häufig holten die Frauen ihre Männer aus dem Brautheirn, und schonen sie vor sich her, damit sie ins Laufen kamen, ja, die Weiber hatten sogar die Segel in Bereitschaft setzen und allüberall mit Hand anzulegen.

Von den Gästen unternahm, erzählte Gaud auf ganz ungezwungener Art und bespielte seine Worte mit dem ihm eigenartigen, lebhaften Mienenpiel. Sein Lächeln ließ prachtvolle Zähne sehen, und es war überaus drallig, wenn er, um die überströmte Gile besser zu veranschaulichen, ein „Duh“ hören ließ, jenen langgezogenen Ruf, mit welchem die Matrosen einander zur Gile anzusprechen pflegen. Gaud hatte sich in aller Eile einen Stellvertreter suchen müssen und Wäde damit gehabt, daß der Eigentümer der Barken, dem er sich auf den Winter verheuert hatte, diesen annahm. So war es zugegangen, daß Gaud so spät kam, und da er nicht auf die Hochzeit verzichten wollte, entging ihm kein Gewinnanteil am Fang.

Niemand ärgerte Gaud noch, denn die Fischer mußten alle, wie es bei solchen seltenen Gelegenheiten zugeht; hängen sie doch alle vom Meer und dessen Uebererndbarkeit ab, von der Günst oder Ungünst der Witterung und den geheimnisvollen Wanderungen der Fische. Die anwesenden Fischer von Ploubazlanec behaupteten nur, nicht gleichzeitig mit den Gefährten von Ploubazlanec die Nachricht von diesem Vermögen erhalten zu haben, das ihnen draußen auf dem Meer vor der Nase vorbeischwamm.

(Fortsetzung folgt)

Schuldebatte im Badischen Landtag

Ein Tanz ums goldene Kalb als agrarisches Intermezzo

Die agrarische Profitsucht kennt keine Grenzen. Ein Teil der Zwangswirtschaft nach dem andern mußte fallen im Interesse der „Freiheit“, was bedeuten soll im Interesse höherer Preise. Nun kommen die Reste der Notverordnung. Ein Kapitel hierzu wurde in der Landtags-Sitzung vom Donnerstag geliefert, in der der Antrag des Landbundes auf Aufhebung der Verordnung über den Tabakanbau und damit auf völlig uneingeschränkten Tabakanbau behandelt wurde. In harter Gewandarbeit der Konsequenzen des Antrags wies Minister Memmel darauf hin, wie sehr die Volksernährung leidet, wenn immer mehr heimischer Boden dem Lebensmittelanbau entzogen wurde. Energisch und scharf verlangten die sozialdemokratischen Mitglieder, Abg. Gen. Maier-Heidelberg und Strobel die Voranstellung der Volksernährung vor den Argumenten der Profiteure und der Agitation. Jedoch umsonst. Von der überparteilichen Landtagsmehrheit wurde der Landbundesantrag auf Aufhebung der Verordnung zum Tabakanbau angenommen. Die „freie Wirtschaft“ hat wieder gefiegt. Das Volk jedoch hat das Nachsehen, was sich bei den bürgerlichen Parteien des Landtags bedanken kann. Von den Ausstellungen des in der Schuldebatte bürgerlicherseits so sehr gepredigten christlichen Geistes merkt man danach wenig, wenn es sich um Fragen materiellen Inhalts handelt.

Nachmittags-Sitzung vom 10. Mai

Abg. Ritter (Komm.) wendet sich gegen die Brügelpädagogik und kritisiert die Häufung durch Geistesliche. Dies brachte nur einen Abgang gegen Religion und Geistesliche bei. Die Kirche segnet den Krieg, sie kann deshalb nicht als Erziehungsinstitut bezeichnet werden. Wir wollen mit anderen Erziehungsmethoden bessere Menschen erziehen. Die Hochschulen seien die Massenerziehung. Ein Professor der Technischen Hochschule benütze deren Vorzüge für sein Privatunternehmen. Die Verlängerung des Fortbildungsschulunterrichts ist ein Schaden des Zentrums, um die Jugend in seine Strahlen zu bekommen. Die Lehrbücher müssen in freibürgerlichem Geiste gehalten sein. Wir lehnen den Unterricht ab. Wir sind bereit, das heutige Staatsgebäude zu zerstören und ein anderes an seine Stelle zu setzen.

Präsident Wittmann hält die Äußerungen des Abg. Ritter gegenüber der Kirche für wenig ritierlich. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe (M.) betont die Notwendigkeit der Förderung der geistigen und sittlichen Kultur. Staat und Kirche müssen hierbei in einem friedlichen Verhältnis stehen. Die Sozialdemokratie sollte den Satz aufgeben, daß Religion Privatfache ist. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Deutschland ist erfreulich. Das Kultusministerium bringt den Kirchen-Verständnis entgegen. Die Kirche sollte durch mit dem Staatsministerium verhandeln können, statt mit den einzelnen Ministerien. Wir treten für die Freiheit der Wissenschaft und die Rechte der Universitäten und der Studentenschaft ein. Die materialistische Geschichtsauffassung bedeutet eine Gefahr für die Freiheit der Universitäten. Ich möchte vor dem im „Volkstempel“ eingeschlagenen Weg warnen, daß sich der Staat die Leute ausliefert, die auf den Universitäten studieren. Gegen studentische Wut und Unmoral sind zu verfahren. Die heutige Studentenschaft ist erst, fleißig, mäßig und durchaus sozial denkend. Was den Fall Kantowicz betrifft, so könnten wir eigentlich mit der Regierungserklärung zufrieden sein. Herr Dr. Ritter beschuldigt eine Art Notwendigkeit an Herrn Kantowicz. Bei der Behandlung ist Professor v. Welow und Professor Kade in ein schiefes Licht gekommen. Kantowicz würdigt nur die formalen Gaben Bonards und bezeichnet ihn als Verführer des deutschen politischen Charakters. Man kann v. Welow's Protestantismus nicht als Antikatholizismus ansprechen. Ein Protest gegen den Artikel Kantowicz' war notwendig. Die Studentenschaft muß das Recht haben, ihre Mißfallen auszudrücken.

Staatspräsident und Unterrichtsminister Hummel:

Der Staat geht, daß unser Land sich in Bezug auf Kulturaufbau aufs äußerste anstrengt. Wir haben in dieser Hinsicht Anspruch auf die Bezeichnung „Mutterland“. Wenn es uns gelingt, unser Fortbildungsschulwesen wieder auf die Höhe zu bringen, so kann sich unser Land hinsichtlich des Schulwesens in Deutschland sehen lassen. Die Mitglieder des Landbundes haben zu Beginn der Rede des Unterrichtsministers das Haus verlassen; demzufolge deshalb, weil der Minister das Wort ergriff, ohne daß sich ein Redner seiner Fraktion zum Unterrichtsminister geäußert hätte. Wir liegen uns die Förderung des kirchlichen Schulwesens angelegen sein. Soziale Gestaltung und Staatsbürgerkunde liegen schon lange im Bereich der Fortbildungsschule. Grundständig zur ungeteilten Arbeitszeit überzugehen wäre nicht möglich. Im neuen Schulgesetz werden alle organisierten Reformen hineingearbeitet. Im höheren Schulwesen sind grundlegende Reformen kein Bedürfnis. Wir wollen deshalb mit der einsprachigen Oberrealschule die Erfahrungen anderer Länder abwarten. In der Aufbauschule werden wir zu einer Lösung kommen. Doch hängt diese Frage mit der Neuordnung der Lehrerbildung zusammen. Wir hoffen in 14 Tagen hierüber eine Denkschrift herausbringen zu können. Dem Hochschulwesen werden wir erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden. Die Professoren bezeichnen eine starke Belastung unseres Staates. Ohne private Hilfe wäre die Bauartigkeit unserer Hochschulen nicht möglich gewesen. Dem deutsch-schweizerischen Hilfskomitee spricht die Unterrichtsverwaltung für ihre Hilfe ihren Dank aus. Der Fall Kantowicz hat einen größeren Raum beansprucht, als mir lieb ist. Der Unterrichtsminister muß sich hier mehr als Verwaltungsbeamter wie als Politiker fühlen. Die Unterrichtsverwaltung und die Universitäten sollen sich möglichst wenig um die Meinungsäußerungen der Professoren kümmern. Ich war auf einen Ausgleich der Gegensätze in vielen Erörterungen bedacht. Ich glaube bei meinen Wegen auf der Linie der Gerechtigkeit geblieben zu sein. Was aus den Studenten unternehmen wissen wir nicht. Doch werden wir uns die Disziplinierungen vorgenommen werden. Ausdrücken der Studenten habe ich für gut; auch wenn politische Fragen erörtert werden. Die Studentenschaft hat sich in der Verammlung vernünftig benommen. Es ist nicht Sache des Senats, die politische Tätigkeit von Professoren zu kritisieren. Darin bin ich mit Abg. Dr. Mohr einig. Ebenso ist an der nationalen Gestaltung des Professors Kantowicz nicht zu zweifeln. Die Angriffe der Professoren Kantowicz und v. Welow kompensieren sich. Man darf die Universitäten nicht als Hort der Reaktion bezeichnen. Die Mehrzahl der Professoren sind unpolitische Persönlichkeiten. Was den vom Abg. Ritter beigegebenen Professor der Technischen Hochschule betrifft, so kann ich nur sagen, daß die Unterrichtsverwaltung nur dankbar ist, daß dieses Institut — das Institut der Gasforschung — nach Karlsruhe kam. Was die Pädagogik betrifft, so haben wir hierüber an unseren Universitäten bereits eine Reihe Einrichtungen. Mit den Entscheidungen

der Hochschulkonferenz über erweiterte Zulassung zu den Universitäten wird ein gewaltiger Fortschritt erreicht. Das Schulgesetz, das dem nächsten Landtag vorliegen wird, bringt zahlreiche organisatorische Reformen.

Abg. Dr. Verfurth (Ztr.) äußert sich zum gewerblichen Schulwesen und tritt für den Religionsunterricht in den Gewerbeschulen ein.

Nächste Sitzung: Donnerstag früh 9 Uhr. Tagesordnung: Interpellation zum Tabakanbau und Unterrichtsstat. — Schluß der Sitzung: 7 Uhr.

gr. Karlsruhe, 11. Mai.

51. Öffentliche Sitzung

Präsident Wittmann eröffnet die Sitzung um 8.45 Uhr.

Antrag zum Tabakanbau

Agarische Profiteure gegen Volksernährung

Abg. Sad (Zentr.) berichtet über den Antrag der Abg. Gebhard (Abd.) u. Gen., worin die Regierung ersucht wird, die Verordnung vom 16. Februar 1920 bezugl. vom 27. Februar 1922 betr. Anbau von Tabak mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Der Antrag beantragt mit Mehrheit, diesem Antrag auf Aufhebung der Verordnung zuzustimmen.

Abg. Gebhard (Abd.), Engelhard (Ztr.) befürworten den Antrag auf Freigabe des Tabakanbaus.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Wir können uns nicht davon überzeugen lassen, daß die Aufhebung der Verordnung nötig ist. Wir können der Aufhebung der Verordnung nicht zustimmen, weil wir diese nachgelagerte Politik für falsch halten. Denn diese Anträge sind nur der Ausfluß der Verheißungen des Landbundes beim Wahlkampf. Es ist nicht der Ausfluß der besseren Überzeugung, die diese Anträge erzeugen, sondern der Eitelbegierde des Landbundes. Die bürgerlichen Parteien sind aus besonderen Gründen genötigt, dabei mitzuschwimmen. Wirtschaftliche Gründe oder Nothwendigkeitsmomente liegen jedoch zum Antrag nicht vor. Man hätte auf das Füssen und Denken der Massen, die nicht genügend Brot haben, Rücksicht nehmen sollen.

Abg. Sahn (Dem.) tritt für die Aufhebung der Tabakverordnung ein.

Minister Memmel wendet sich gegen die Äußerung des Abgeordneten v. Bodman und der letzte Minister des Innern seien päpstlicher als der Papst. Wenn ein Landhändler Minister des Innern wäre, könne er auch nicht anders handeln, wie aus Vordern ersichtlich. Alle Parteien erheben täglich Forderungen auf Verschöpfung von Lebensmitteln. Wir brauchen Lebensmittel von auswärts. Je mehr Lebensmittel wir jedoch selbst bauen, umso besser können wir uns ernähren. Das Tabakanbauverbot. Wir sehen jedoch hier den Tanz ums goldene Kalb (Sehr richtig). Eine Verweigerung muß einem angelegentlich solcher Anträge beikommen, wenn man dann wieder die Angriffe auf die Regierung wegen der schlechten Ernährung leitet. Herr Gebhard meinte, von den Steuern von Tabak fönnte Gelderbe eingeholt werden; ich möchte da erwidern, daß bereits von Interessenten Vorläufe gegen die Getreideeinfuhr vorliegen. Beschließen Sie wie Sie es für gut halten! (Abg. v. Au (Ztr.) tritt für die Aufhebung der Tabakverordnung ein.)

Abg. Weishaupt (Ztr.) verlangt die Aufhebung der Reste der Zwangswirtschaft.

Abg. Freilich (NSD.): Die Forderung auf Befreiung der Reste der Zwangswirtschaft ist nicht anderes als ein Alibi auf die Volksernährung. Durch die Aufhebung des Verbots von Tabakanbau wird die Ernährung des Volkes nur noch schlechter.

Abg. Strobel (Soz.) weist auf den Ernst des Antrages hin. Wir sind uns der Verantwortung bei Annahme dieses Antrages bewußt. Die Folgen der Annahme dieses Antrages fallen auf die Zustimmung. Die Maßnahmen bezüglich des Tabakanbaus ist nachteilig nicht schädlich. Der Streit ist unnötig zum Jahre gekommen. Wir können der Notwendigkeit der Volksernährung Rechnung aber nicht der Profiteure einzelner Landwirte. Wunders Sie ich aber nicht, wenn die Selbsthilfe der Jungern den Dörfern einleitet. Wir können unser Volk kaum ernähren und betteln bei anderen Staaten und da kommen solche Anträge. Das ist keine verantwortungsvolle Politik. Wir lassen uns davon leiten, unserem Volke Lebensmittel zu beschaffen, während der Tabak nicht nötig ist. Wir lehnen deshalb den Antrag ab.

Abg. v. Au (Ztr.) tritt für die Aufhebung des Verbots von Tabakanbau ein und wendet sich gegen den Vorwurf, daß hier ein Tanz ums goldene Kalb vorliege.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) wünscht zur Unterfuchung der Rechtsfrage eine Rückverweisung des Antrages an den Ausschuss. Andernfalls müßte ich, entgegen meiner ursprünglichen Absicht, für Aufhebung der Verordnung eintreten.

Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) tritt für Rückverweisung des Antrages an den Ausschuss ein.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) äußert, daß Ernährungsfrage des badischen Volkes würde durch diesen Antrag nicht in Frage gestellt. Andererseits ist zu sagen, daß man bereits heute Fleisch, Mehl und Wein im Ausland billiger kauft. Es kommt wieder die Zeit, wo die Landwirtschaft um die Ertrags kämpfen muß (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Dann lernen die Landwirte wieder beten). Ja, dann lernen sie wieder beten. Ohne Religion pfeift der Mammonismus Oranien. Wir sollten uns der volkswirtschaftlichen Auslandsrisse erwehren. Erhebungen werden nicht auf uns; gleichgültig von welcher Seite sie kommen. (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): 1.200.000 Zentner Kartoffeln hätten auf den Tabakfeldern gebaut werden können).

Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte, an der sich die Abg. Dr. Rehter (Ztr.), Dr. Glöckner (Dem.) beteiligen. Abg. Verthe (Abd.) erklärt, sich nicht einschließen zu lassen.

Abg. Strobel (Soz.) betont, nicht gebot zu haben, sondern nur auf die Folgen solcher Anträge hingewiesen zu haben.

Minister Memmel erläutert die Notwendigkeit der Tabakverordnung. Mit Bayern und Württemberg belämpfen wir die schädlichen Auswirkungen des Fremdenverkehrs und schaffen entsprechende Gebühren hierauf. Ich habe mich nicht gegen die Landwirtschaft gewandt, sondern nur gegen die Agitatoren.

Abg. Dr. Glöckner (Dem.) zieht seinen Antrag auf Rückverweisung des Antrages an den Ausschuss zurück.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag des Landbundes. Die Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommunisten haben bis auf den Abg. Maier-Heidelberg den Saal verlassen. Abg. Maier-Heidelberg (Soz.): Ich zweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses an. Es ergibt sich jedoch, daß noch 47 bürgerliche Vertreter anwesend sind. Das Haus ist also beschlußfähig.

Der Landbundesantrag auf Aufhebung der Verordnung zum Tabakanbau wird mit allen Stimmen bei 3 Enthaltungen gegen die Stimme des Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) angenommen.

Die Petition des gemeinnützigen Vereins Kleingemünder betr. Vollzug des Gesetzes über die Vereinigung der Gemeinde Kleingemünder mit der Stadtgemeinde Neckargemünder wird empfehlend in bestimmtem Sinne überwiesen.

Hierauf setzt das Haus die Beratung des Unterrichtstatats fort.

Abg. v. Au (Abd.) wünscht Pflege des Idealismus. Die Lehre an den Universitäten muß frei sein. Der Lehrer an den Universitäten muß in seinen Überzeugungen frei sein. Das sind ihm durch seinen Beruf gewisse Grenzen gezogen. Zum Fall Kantowicz billigen wir die Haltung des Ministeriums. Wir müssen den Familienfinn wachen. Das Kind muß von der Straße weg. Eine republikanische Geschichte haben wir bis jetzt nicht. Deshalb kann man sie auch noch nicht festhalten. Im Mittelpunkt der Geschichte stehen immer wieder Menschen. Auch den Fürsten müssen wir Gerechtigkeit zuteil werden lassen. In der Demokratie hat sich die Minderheit der Volksmehrheit zu fügen; darin scheitern sich jedoch die Kommunisten nicht einflügen zu wollen. Während der Schulzeit sollte sich die Jugend nicht politisch betätigen. Wir wünschen die nationale Gemeinschaftsschule. Dieser Zustand soll erhalten bleiben. Ich wünsche mehr die Konfessionslose noch die weltliche Schule. Wir stehen auf dem Boden der Simultanfächer. Der Volksschullehrer bedarf einer philosophisch-pädagogischen Hochschulausbildung. Nach längeren persönlichen Bemerkungen des Abg. Dr. Mohr (Ztr.), der erklärte, daß das Wort von der „religionslosen Lehrerschaft“ nicht von Zentrumsseite und nicht in Baden fiel, vertagt sich das Haus um 1 Uhr auf nachmittags 3 Uhr.

Zweite Redereihe zum Unterrichtstatat

Abg. Dr. Schmidt-Karlsruhe (Ztr.): Die heutige Tabakdebatte erweckt fast den Eindruck, als ob die Wirtschaftspragen vor den Kulturfragen stehen. Trotzdem muß sich die Wirtschaft dem christlichen Geist anfügen. Auch die Politik muß von der Religion durchdrungen sein. Die Rechtskraft des Staates hinsichtlich der Dotationen kann ruhig offen bleiben. Ich gebe zu, daß die mehrheitssozialdemokratische Fraktion versucht, die Kirchenfeindlichkeit auf den geringsten Grad der Möglichkeit herabzumindern. Aber die Kirchenfeindlichkeit ist noch da. Das zeigt die Stellung zum Kultusstat. Auch Enthaltung der Stimme ist keine Kirchenfreundlichkeit. Weist der Sozialismus selbst Religion sein will, kann er keine Religion neben sich dulden. Ich unterscheide zwischen Sozialismus und Sozialisten. Ich anerkenne, daß die Sozialisten sich Zurückhaltung auferlegen. Solange die Reichsverfassung den Satz ausspricht, die Kirchen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts, ist der Satz „Religion ist Privatfache“ im Parlament nicht berechtigt. Der Staat hat ein Interesse an guten interkonfessionellen Beziehungen. Hierüber kann ich nur gutes sagen. Das beweisen die 20 Simultanfächer, die wir im Lande haben. Keine Organisation ist besser in der Lage, die Menschen zu bessern, als die Kirche. Zugunsten ist, daß nicht alle Christen solche Christen sind, wie wir sie wünschen. Die Revolution hat vor der Kirche halt gemacht. Die Kirchen sind Säulen des Reichsaufbaues. Staat und Kirche brauchen einander. Namens des katholischen Volkes lege ich Verwahrung gegen die Vorwürfe des selbstverleumdenden Generalkommandos des 14. A. gegenüber der Geistlichkeit ein. Redner verbreitet sich des längeren über staatliche Rechtsverpflichtungen an die Kirchen. Ich möchte für die Kirchenaustritte liegen heute tatsächlich zumeist in den Kirchensteuern. Deshalb muß bei den Kirchensteuern ein Maximum beibehalten bleiben. Das Offenlassen der Rechtskraft des Staates gegenüber der Kirche ist eine brauchbare Grundlage. Die Abolition der Rechtskraft wäre für die Kirche unerträglich.

Abg. Weismann (Soz.):

Es erregte ein eigenartiges Empfinden, daß in die Unterrichtsdebatte die Landwirtschaftsdebatte fiel. Es sieht so aus, als ob manche Leute es nicht sehen können, daß man 2-3 Tage über den Unterricht debattiert, ohne über die Landwirtschaft zu sprechen. Es ist keine Partei da, die für die Volksernährung mehr geleistet hat, als die Arbeiterpartei. Vor 30 Jahren wurde in Berlin durch Wilhelm Liebknecht hierzu der Grundstein gelegt. Nur langsam bricht sich in der Lehrerschaft der Gedanke Bahn, daß in der Sozialdemokratie ihre Ziele sich verwirklichen. Ich erinnere hier an den neulichen sozialdemokratischen Lehrertag. Die Arbeiterpartei ist bereit, ihren Kindern die bestmögliche Schulbildung zu geben. Die Schule findet deshalb unser stärkstes Interesse. Man darf heute sagen, daß das Kultus- und Unterrichtsstatat diesmal viel weniger Anfechtungen erfahren hat als früher. Richtig ist, daß im Kultusministerium zu wenig Beachtung ist. Wir danken dem Minister und den Beamten für ihre Arbeit. Der Minister sollte der

Seitensstunden

auf den Universitäten und der Rechtsprechung auf den Schulen mehr Beachtung schenken lassen. Wie in Leipzig sollten sich die bürgerlichen Universitäten mehr der Journalistik annehmen. (Zusammenruf des Abg. Dr. Schöfer.) Es gibt Leute, die eine sehr merkwürdige Auffassung von den Journalisten haben. Wenn sie vor jemandem zu reden werden sie gelobt; tadeln sie aber jemand, dann werden horre Werte gebraucht. So sehr man auf die Zeitungen schimpft, es kann sie heute niemand mehr entbehren. Die Konferenz in Genua zeigt, daß ohne die Journalisten die Welt nicht mehr bestehen kann. Auch der Badische Landtag braucht die Journalisten. Ich bitte Herr Dr. Schöfer war erbot, als einmal eine von ihm sehr spät gehaltene Rede von den „Pressearbeiten“ da oben nicht gebracht würde. Meine Beobachtungen in den Debatten zeigen mir, daß der Rechtsprechung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Auf dem Gebiete der Stenographie bekommen wir eine Einheitsstenographie. Esperanto scheint nicht Weltsprache zu werden, wie Frau Abg. Under wünschte, sondern, wie Genua zeigt, bleiben Französisch und Englisch Weltsprache. Innerlich ist, daß heute in der Schulen noch Lesestunde verbreitet werden, die nicht in die Republik passen. Wir sind befriedigt davon, daß am

neuen Lesebuch

und Sozialdemokraten mitarbeiten. Wir verlangen das neue Lesebuch im Geiste der Republik. Wir anerkennen, daß auch die höchsten Leistungen hervorbrachten; aber es gibt Lesebücher, für die nur die Fürsten existieren. Wir wünschen, daß auch aus den unteren Kreisen diejenigen herauskommen, die entsprechende Fähigkeiten haben. Die Lehrmittelfreiheit reicht nicht aus. Wir brauchen Studiengeldstipendien für unbemittelte begabte Schüler. Als der Abg. Ritter gestern seine Rede zum Schluß hielt, behauptete ich die Abwesenheit des Abg. Vogt, der z. B. in Moskau weilt. Herr Vogt hätte sicher eine andere Rede gehalten als Abg. Ritter. Wenn man Kritik über eine andere Rede Reformvorschlüge machen. Herr Ritter unterließ es aber, solche zu machen. Lenin sprach mal aus, daß man ohne Intelligenz den Staat nicht regieren kann. Zur Handarbeiterschaft braucht man eben auch die Kapitalarbeiterschaft. Auch Herr Ritter wird noch einsehen müssen, daß man nur Schritt für Schritt reformieren kann. Das Budget setzt hierfür Wege. Die kommunistische Art des reinen Regierens schlägt jedoch nicht zum Wohle der Arbeiterpartei aus. Wir begrüßen den Ausbau der Gewerkschaften. Das Verhältnis des Schülers zum Lehrer müßte ein innigeres werden. Dies kann durch besseres Kennenlernen der Eltern der Schüler mit dem Lehrer erreicht werden. Die Frage der Elternbeiträge sollte mehr gefördert werden. Wenn zu Hause über den Lehrer gesprochen wird, wirkt dies nicht gut auf das Kind. Bei der Lehrerbildung haben wir die Befürchtung, daß deren Hochschulausbildung den Geldbeutel des Vaters

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

So sehr in Anspruch nimmt, daß nicht mehr Söhne der unteren Schichten des Volkes Lehrer werden können. Wir wünschen einen kennzeichnenden Lehrstand. Die Frage der ungeteilten Arbeitszeit in der Schule hat ihre zwei Seiten. Wir Sozialdemokraten bemitleiden das Budget, weil die Schule der Lebensnotwendigkeit des Staates ist. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Müller (Ztr.): Ich möchte die Stellungnahme des Professors Kantorowicz, die stellt sich aber der Abg. Dr. Mayer, Karlsruhe dazu, daß Kubandoff gegenüber heutigen Staatsmännern in deutschsprachigen Zeitungen des Auslandes Stellung nimmt und sie schmälert? Die Corps auf den Universitäten schätzen sich noch mehr als früher ab. Die Ausschüsse haben den Geist ihrer Geburtsstunde vergessen. Den studentischen Hochmut schämen wir. Redner äußert Spezialwünsche für die theologische Fakultät und für katholische Studierende. Gegen die Liebertreibung des Sports muß ein kräftiges Wort gesprochen werden. Hand in Hand mit der Sportfertigkeit geht eine innere und äußere Verrohung. Die alten Sprachen sind nicht Selbstzweck, sondern wollen denkende und führende Menschen erziehen. Im alten Obrigkeitsstaat hat der Grundbesitzer die Pflanzzeit nicht immer Stellung gehabt. Unsere Stellenbesetzung kann den Vergleich mit der Nachkriegszeit wohl aushalten. Er fällt zugunsten der Nachkriegszeit aus. Die Herrschaftszeit des badiischen Nationalliberalismus war die schlimmste Zeit für die Arbeiterschaft. Wir wollen keine Oberlehrer aus der Wahl der Lehrer, sondern deren Ernennung. Wir können uns keine Erziehung denken, die nicht auf religiöser Grundlage aufgebaut ist. Wir stehen auf dem Standpunkt der Befähigungsschule. Doch wollen wir den Schulbetrieb nicht fördern. Das Schulgesetz muß die Durchführung des Religionsunterrichts sichern.

Abg. Marum (Soz.): Man hätte eigentlich mit weniger Redenarrivaten auskommen können. Auch meine Partei schüttelt alles Wohlwollen auf die Lehrer aus. Ich will keine große Generaledrede halten, sondern nur einige Punkte herausgreifen. Zur Rede des Abg. Schmitt möchte ich erklären, daß wir es ablehnen, für die Stellung thüringischer sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter verantwortlich gemacht zu werden. Wenn wir gegenüber den Forderungen der Kirche Stimmhaltung üben, so ist dies keine Feindschaft, sondern wir stehen neutral gegenüber. In eine Prüfung der

Rechtsfrage der Dotationen

lassen wir uns gegenwärtig nicht ein. Wir haben nichts anerkannt und behalten uns jegliche Stellungnahme vor. Ebenso können wir keine Bindung anerkennen. Es ist heute keine Zeit dazu, diese Frage zu entscheiden. Eine Partei hat hierzu kein Zugeständnis gemacht und macht keines. Wenn soll

v. Below-Kantorowicz

möchte ich mich vor allem dagegen wenden, daß man linksgerichteten Professoren ihre staatsbürgerlichen Rechte beschneidet. Anzuerkennen ist, daß Kantorowicz sich in seinem Artikel im Nachhinein des Zulässigen bediente. Wogegen ich mich wenden muß, das ist die Stellung des Senats. Dessen Beschluß bedeutet eine Einmischung in die politische Stellung des Dozenten, die aufs Schärfste zurückzuweisen ist. Dem Senat gehörte auch Professor Ostig an, Teilnehmer der „Freisauer Jg.“, der sich schon aus Anstand eines Urteils hätte enthalten sollen. Die Herren vom Senat hätten ihre Maßnahme auf Ruhe und Ordnung besser an Professor v. Below und an die Studenten gerichtet. Am bedenklichsten ist die Drohung mit disziplinarischen Mitteln gegenüber Professor Kantorowicz. Es ist das eine unzulässige Annäherung des Senats. Das Unterrichtsministerium ist hierüber gleicher Ansicht gewesen, hat jedoch den Senat mit dem handschriftlichen angefaßt. Wenn der Senat ohne Recht einschreitet, so hat er seine Befugnisse überschritten. Als v. Below die Autorität der deutschen Regierung heruntersetzte, hat der Senat nichts getan. Gegen die geschäftlichen, unmaßvollen Behauptungen v. Belows über die jetzige Regierung ist der Senat nicht eingeschritten. Auch die Artikel v. Belows erschienen in einer schweizerischen Zeitung. Die wissenschaftlichen Leistungen des Professors v. Below anerkenne ich; aber er wirkt komisch: ein Talent zwar, aber kein Charakter. Bei der ganzen Frage handelt es sich nicht um Personen, sondern um Exponenten verschiedener Staatsauffassungen. In Kantorowicz will man den Republikaner treffen; in v. Below sieht man die altzeitliche Auffassung. Es ist bei uns

Hochschulen

keiner so, daß ein großer Teil der Professoren auf einem Boden steht, der sich im Gegensatz zum heutigen Staat befindet. Republikaner kommen auf den Universitäten nicht voran. Wir finden hier eine geschlossene Bilanz. Ist es nicht befremdend, daß der Schöpfer der deutschen Verfassung, Professor Preuss, an keine Universität kommen kann, daß der beste Volkswirtschaftler Deutschlands, Professor Schäfers, von Marburg zurückgemusst wurde, daß Nicolai an eine südamerikanische Universität geschickt wurde. Die Autonomie der Universitäten ist zweifellos etwas geschäftlich geworden. Demals waren sie aber auch finanziell selbständig. Nach meiner Auffassung kann man diesem Autonomierecht sehr kritisch gegenüberstehen. Es schadet gar nichts, wenn gezeigt wird, daß die Universitäten die Autorität des Staates anerkennen müssen. Mit der Autonomie geraten wir in die Gefahr einer Inzucht bei den Universitäten (Abg. Dr. Köber: Sehr richtig!). Wir machen uns lächerlich, wenn Republikaner an den Universitäten zurückgesetzt werden. Die Universitäten bilden die Staatsbeamten und sollen später auch die Lehrer bilden. Da verlangen wir, daß diese nicht im Geiste der Opposition, sondern der Verfassung erzogen werden. Zugabe ist, daß sich die soziale Lage der Dozenten seit dem Kriege sehr verschlechtert. Ich unterstelle deshalb alle Maßnahmen zur Besserung der Lage der Professoren und Dozenten. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, daß nicht nur finanzkräftige Kreise in die Universitätskarriere kommen können, sondern auch die Dozenten und Assistenten ist auf die Dauer unhaltbar. Bei den Studenten geht ein Riß durch die reichen und armen Substanzierenden. In einem Teil der Korporationen wird ein Leben geführt, das nicht zu billigen ist. Es ist zwar manches besser geworden und auch politisch hat sich manches gebessert. Und zwar deshalb, weil die Offiziersgeneration nicht mehr auf den Universitäten ist. Ich befürchte nur, daß diese als Referendare und Assistenten nichts dazu lernen und nichts vergehen haben. Sichtlich der materialistischen Geschichtsauffassung beruht Abg. Dr. Mayer-Karlsruhe die materialistische Geschichtsauffassung mit der materialistischen Weltanschauung. Meine Partei hat idealistische Auffassungen.

Abg. Frau Niegel (Ztr.) äußert sich zu Erziehungsfragen.

Nächste Sitzung: Freitag früh 10 Uhr. Tagesordnung: Unterrichtsstat.

Ueber die Geschäftsfrage des Landtages kam es in dem Vertrauensmännereauschuss zu kurzer Aussprache. Die Arbeiten werden sich wohl bis zu Ende Juli oder Anfang August erstrecken. Gegenwärtig ist das Arbeitsministerium im Haushaltsauschuss in Angriff genommen, dann wird folgen das Finanzministerium. Beide Vorschläge sind dann im Plenum zu behandeln. Das wird nach Pfingsten geschehen. Im Laufe dieser Woche soll in öffentlicher Sitzung nach dem Budget des Autus und Unterrichts — mit Ausschluß des Fiskus: Wissenschaft und Kunst, der im Haushaltsauschuss noch nicht vorberaten ist, verabschiedet werden. Die Ausschüsse werden dann die Pfingsten händig tagen. Dadurch dürfte es möglich sein, den Staatsvoranschlag zum größten Teil im Haushaltsauschuss erledigen zu können. Außerdem werden der Rechtspflege-Ausschuss und der Ausschuss für Gesetze und Gesetzentwürfe arbeiten.

Sozialdemokratie und Metallarbeiterstreik

Nachdem wir infolge des Streikrechts im badiischen Landtag nicht in der Lage waren, über die kommunistische Interaktion zum Metallarbeiterstreik ausführlich zu berichten, tragen wir nunmehr die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners hierzu nach. In seiner Rede im badiischen Landtag führte Abg. Genosse Strelitz folgendes aus:

Die kommunistische Aufgabe beschäftigt sich damit: Welche Schritte hat die Regierung bis jetzt unternommen, um den für berechtigten Forderungen im Kampfe streikenden Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen? Die Frage ist nicht spruchreif, daß die Arbeiter das Vertrauen zu ihren Führern verloren haben; das müssen die Gewerkschaften unter sich selbst ausmachen. Wir haben ein Urteil nach dieser Seite hin nicht abgegeben, können es auch nicht fällen. Denn die Gewerkschaften wählen ihre Vertreter alljährlich, und die Führer, die ihnen nicht gefallen, werden am Jahresanfang nicht wiedergewählt, sobald das Entschuldigungsrecht über die Vertrauensfrage eintritt und allein den Gewerkschaften zusteht, keine anderen Korporation. Zu dem Kampfe selbst muß ich erklären, daß dieser Kampf seitens der Unternehmer so unehrlich als möglich benannt wurde, denn man hat, wenn man von der Arbeiterschaft Mitleidungen will, auch andere Mittel zur Verfügung; und die Arbeiterschaft geht keiner Vertilgung nach der Seite hin aus dem Wege. Aber ein Diktat, wie es jetzt mit allem Nachdruck betrieben wird, eine einmal gewählte Vertilgung ist wieder freiwillig zu machen, muß den schärfsten Widerstand auslösen. So ist die Ursache des Kampfes zu verstehen, so ist sie auch zu erklären, und deshalb der intensive Zusammenhalt der Streikenden um das, wozum sie kämpfen, um nichts feigezugeben von dem, was ihnen durch tarifliche Vereinbarungen zugesprochen ist. Was hier tariflich vereinbart ist, sind Erwerbsbedingungen der Arbeiter selbst, und die Regierung hat keine Möglichkeit — und ich möchte es auch gar nicht wünschen —, hier irgend einen Nachspruch fällen zu können. Wenn um diese belohnten Vertilgungen Kämpfe ausbrechen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, so müssen die Kämpfe durchgefochten werden

und in diesen Kämpfen wird Sieger bleiben, wer am längsten ausdauern vermag. Da glaube ich, daß die Neben der Anfrager nicht die glücklichsten gewesen waren. (Lebhafte Zurufe: Sehr richtig!). Ganz besonders diejenigen des Kollegen Müller, der einerseits vom allgemeinen Ansehen des Selbstvertrauens der deutschen Arbeiterschaft sprach, und der andererseits über die öffentlichen Körperlichkeiten, Behörden, Staat usw. arbeitete um besondere Fürsorge. Als alter Gewerkschafter in diesem Falle muß ich ein derartiges Vorgehen um so mehr bei den öffentlichen Körperlichkeiten ablehnen. (Sehr laut bei den Sozialdemokraten.) Wir sind in Deutschland gewerkschaftlich so stark, daß diese 150 000 hier im Streik lebenden Metallarbeiter von den freien Gewerkschaften, den christlichen und den kirchlichen Danksagenden, die eben interessiert sind, über Wasser gehalten und unterstützt werden können, um den Kampf mit dem Unternehmer aus eigener Kraft auszufechten. Diesen Standpunkt möchte ich nachdrücklich vertreten. Wir bitten auch nicht die Regierung um einen Nachspruch in dieser Frage, sondern die Regierung soll die ihr obliegende

Neutralität nach allen Seiten hin

wahren. (Zuruf auf der äußersten Linken: Soll sie!) Tat sie auch bis jetzt. Es ist kein gegenläufiger Fall bis jetzt vorhanden. (Zuruf des Abg. Gähler.) Wenn irgendwas die behördlichen Organe aufgeben werden müssen, so ist die andere Seite bis jetzt die Ursache gewesen. Was wahr ist, muß wahr bleiben, und ein Kommunist sollte sich nicht auf den Boden der Unwahrheit begeben. (Lebhafte Zurufe links: Sehr gut und Weiter!) Das paßt zu seiner sonstigen idealen Auffassung keineswegs, jedoch ich hier erklären: diese Neutralität muß die Regierung halten. Wie wir als Gewerkschafter bei einem Kampfe die Regierung nicht fragen und befragen, ob wie den Kampf beginnen wollen, so wollen wir uns auch nicht durch einen Zwangsanspruch die Beendigung des Kampfes vorschreiben lassen. Darüber wollen wir selbst entscheiden. Das Selbstentscheidungsrecht der Gewerkschaften stünde in diesem Falle in Gefahr, wenn man den Antragstellern in irgend einer Form Rechnung tragen wollte. Was die Regierung nur noch tun kann, ist vermittelnd einzugreifen; das ist bis jetzt geschehen. Ich habe das Vertrauen zum badiischen Arbeitsministerium und auch zur badiischen Gesamtregierung, daß diese Vermittlerfähigkeit von ihr nicht bernahtschäftigt, sondern gefördert und im geeigneten Zeitpunkt von neuem aufgenommen wird. Wenn es ihr nicht gelingt, eben schießlich die Frage beizulegen, dann bedarf es des Weiterkämpfens, und darüber entscheiden die im Kampfe stehenden. Ich bin überzeugt, daß gerade die Metallarbeiter in Deutschland schon jetzt zu sehen, seine Klasse zu lehren. Da läßt sich die Sache. Denn die Anbittlerischen verweisen ganz die Opfermühseligkeit, die die Arbeiterschaft ausgeht, wenn es sich um die Erlangung besonderer Rechte handelt. In diesem Falle müssen die Unternehmer auch den Willen der Arbeiterschaft in allererster Linie mitzuspelieren. Wenn man von Schäden spricht, so glaube ich, annehmen zu dürfen, wenn einerseits der Arbeiter Schaden hat, daß aber auch der Unternehmer nicht ungeschädigt davonkommt. Wenn man abgesehen hätte bei Beginn des Kampfes, hätte es das Leben nicht bedroht; sondern es hätte andere Wege der Verständigung gegeben. Wir ist aber von Verhandlungselementen erzählt worden, daß die Arbeiter zur Fortsetzung des Kampfes und zur Führung mit aller Schärfe

nicht in Baden ihren Sitz haben, sondern daß sie in Württemberg sitzen (Lebhafte Zurufe: Hört, hört!), und daß von Württemberg die Stimmung erregt wird von Seiten der Industriellen, hier aber auch nicht im Geringsten entgegenzukommen, währenddem ich von Industriellen Wadens weiß, daß sie bis jetzt und zur gegenwärtigen Zeit den Kampf überhaupt nicht gewollt haben.

So liegen also die Zusammenhänge, und man muß die Dinge nehmen, wie sie sind. Auerkannnt wird werden, daß die Metallarbeiterstreik Wandbeims und Umgebung bis jetzt diesen Kampf, so gut es ging,

in größter Ordnung

und Muttergütigkeit geführt hat. Ein Schrei nach Schuß der Arbeitsmühen ist nicht notwendig. Der eine angezogene Fall, der Fall Stoh in Mannheim, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht die Schützer des Unternehmens, der Förstner usw., mit ihren Händen dazwischen gekommen wären, um auf die Streikposten die Hunde zu heben, was ebenfalls zu einer weiteren Erregung beigetragen hat. Demnach das Unternehmensum die selbe Mühe wie die Arbeiterschaft in diesem Kampfe, dann werden die Zusammenhänge vertrieben werden können; und der Kampf, der sich hier entwickelt hat, für eine Sache, die der Arbeiterschaft hoch und heilig ist, wird in aller Ruhe, aber auch in aller Sachlichkeit durchgefochten werden können, ganz gleich, mit welchem Ende und mit welchem Erfolg das sein wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nur einige kurze Bemerkungen zu den Ausführungen der Kollegin Linger: Sie stellt unsere Anträge wegen der Fürsorge für Kinderbewerber auf gleiche Stufe mit den Anträgen, die jetzt zur Unterstützung der Streikenden gestellt werden. Die sozialer Fürsorge Bedürftigen befinden sich dauernd in einer

Notlage, sie sind meistens alt, siech, krank, haben irgend welche Gebrechen u. dergl., können nicht selbst das nötige Einkommen verdienen, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, sie bedürfen der öffentlichen Fürsorge. Es ist da also mit einer dauernden Erscheinung zu rechnen. Bei dem dagegen, was hier beantragt wird, handelt es sich um eine vorübergehende Erscheinung. Der Streik dauert nicht ewig und dauert nicht immer, sondern kann in 8 Wochen, kann in 6 Wochen, kann in 8 Wochen oder in 3 Monaten zu Ende sein, einmal wird er sein Ende finden. Der Streik handelt es sich um einen Kampf zwischen Kapital und Arbeit, und mit einem solchen Fall hat die soziale Fürsorge, wie sie jetzt die Kollegin aufführt, nichts zu tun (Abg. Müller: Sehr richtig!), sondern in diesem Falle haben die Klassenorgane einzuschreiten, nicht die Sozialdemokraten, ihren Kampfenden unter die Arme zu greifen und ihnen den Kampf zu ermöglichen. Das war alter gewerkschaftlicher Grundgedanke. Kollegin Linger, vielleicht bietet sich einmal Gelegenheit, mich in einer ruhigen Stunde mit Ihnen (Weiter!) über das Ab der gewerkschaftlichen Kampfart auseinander zu setzen. Ich will es mir hier jetzt ersparen. Nun noch eine Bemerkung zum Fall Leimen. Wer den Zementfabrik von Leimen kennt, dem ist das Geschäftsgebahren dieses Mannes während des Krieges, seine Schamlosigkeit vor dem Kriege, die neuerdings wieder eintritt, nicht unbekannt, jedoch ich glaube, wo hier das Unrecht liegt, liegt heute schon fest und wenn man mit Gemut die Arbeiterschaft zum Kampfe getrieben hat, so in diesem Falle. Denn es wollte keine Verständigung, die andere Unternehmer gleicher Firmen längst getroffen hatten, jedoch ich glaube, in diesem Falle sollten wir uns nicht des längeren und breiteren beschäftigen. Auch dieser Kampf muß ausgefochten werden und was jetzt in Leimen seitens des dortigen Unternehmers versucht wird, beruht die schärfste Zurückweisung, und die vollste Sympathie verdienen die im Kampfe stehenden Arbeiter der Zementwerke Leimen.

Badische Politik

Den verschiedenen Anfassungen der Zentrumspresse gegen die Maßreife fügt man heute eine weitere zu, die wir in der „Rechtzeitung“, einem kleinen, aber um so lauterem Zentrumspublikum, das in Oberrißl heraustritt, finden. Der Artikel lautet:

Obernau, 1. Mai. Der erste Mai in Baden gefeierter Feiertag; heftiglich in diesem Jahre zum letzten Male. Es ist dieser gefeierter Feiertag noch ein Leberrest der roten Einflüsse 1918/19. Kommt es demnach im Bad. Landtag zur Debatte und Abstimmung, so erwarten wir, daß dieses Monstrum von Feiertag wieder aus der Welt verschwindet. Kern von den rot glühenden und überhöhten Zentren unserer Badenlandes haben wie kein Verständnis für die Schmalen gefeierter Feiertage. Nachdem von der kirchlichen Obrigkeit der alten badi. Hofstadt, sowie manche andere alten katholischen Feiertage abgeschafft sind, weil sie namentlich von jenen nicht mehr beachtet wurden, die am meisten interessiert sind an der Rehabilitation roter gefeierter Feiertage, so müssen wir diese gefeierten Feiertage unbedingt abschaffen. Erst hätte man die von der Kirche gebotenen Feiertage.

Diese Ausschaffung amtet so richtig den Geist der Geschäftigkeit und Anzielen, wie er von jeher schon in den kleinen Zentrumshäusern anzutreffen ist. Dort in den allerdings nicht rot, sondern tief schwarz glühenden und überhöhten Zentren unseres Badenlandes hat man allerdings kein Verständnis für Unerschlichkeit, für die Wünsche eines großen Volksteils unseres Landes, das glauben wir dem Reichstagsreife aufwart. Wegschaffen ist nur, daß diese Stellen vor dem ersten Mai nicht den Mut aufbringen, in diesem Jahre über den Tag zu sprechen der Landtag und Millionen heilig ist; erst jetzt, nachdem die Feiertag so glänzend verlaufen, werden sie frech und fangen an zu lästern an. Die Arbeiterschaft wird sich natürlich durch dieses Treiben nicht beirren lassen, sie wartet in Ruhe ab, was weiter geschieht.

Streikbelohnungen

Es wird uns geschrieben: Um die Befestigung der Eisenbahnen zu gehen hat Herr General G r ö n e r anlässlich des Eisenbahnerstreiks angeordnet, denjenigen Eisenbahnern eine Belohnung zu geben, die sich während des Streiks besonders hervorgetan, also mit anderen Worten „hervorragende Arbeit während des Streiks leisteten“. Man kann dies aber auch so auffassen, daß diese Belohnung bewirkt wird, um die Eisenbahner gefügiger zu machen, ihnen zu zeigen: wenn geliebt wird, arbeitet weiter, denn es gibt für Rechtstreifer Belohnung.

Nach einer Notiz des Reichsstaatsbeamten“) haben die höheren Beamten der Eisenbahnverwaltung, die sich während des letzten Streiks für den Notbetrieb zur Verfügung gestellt hatten, einjährige denjenigen Eisenbahnern eine außerordentliche Dienstleistungen während der Streikzeit zurückzuführen, da ein derartiges Verfahren nicht der Auffassung der Beamten für die Art ihrer Leistungen entspricht. Dieser Beschluß zeigt, daß diese Herren Verständnis für die Sache haben, so möge vielleicht mancher das Geld trotz seinen angeblich geringen Verdiensten bezügl. hätte brauchen können.

Andererseits werden aber viele badiische Eisenbahner, besonders bei der Generaldirektion. Die besagten Herren, die den Streik sehr beurteilten, hohe Belohnungen und bei manchem muß man sich fragen wozu? So z. B. Herr Oberbauamt R. 2500 M., Herr Überwachungsrat D. 2000 M., Herr Eisenbahnaufmann B. 350 M. usw. Was hat der Lebere die weitere Arbeit gelöst? Wenn diese Herren doch den Streik beurteilten, dann wäre es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gewesen, erst recht Mehrarbeit zu leisten.

Wie man hört, soll diese Belohnungssumme eine ganz schöne Höhe erreicht haben, sie soll im Reich eine Million betragen. Was dies wirklich nötig? Sollte man sonst keine andere Verwendung für diese Gelder? Oder stammt es aus Einträumen der Abgabe von Streikenden? Es wäre natürlich ein der Zeit, daß dem Herrn Gröner gesagt würde, so geht es denn doch nicht weiter.

Kleine badische Chronik

Geibelsberg, 11. Mai. Sterbungsfall. Bei den Ausgrabungsarbeiten zum Rederkanal am Schwabensheimerhof stieß man auf die Leberreste einer römischen Vögelschlächterei. U. a. wurden auch kleine Steinfragmente freigelegt, in denen man erkennen konnte, ein kleines Kämpchen aus Ton und ein Tongefäß fand.

Geibelsberg, 11. Mai. Unfall. Beim Anspringen auf die idyllischende Straßenbahn verunglückte in der Hauptstraße ein Mannheimer Oberlehrer. Er erlitt schwere Kopf- und Rückenverletzungen und mußte ins Krankenhaus verbracht werden.

Mannheim, 11. Mai. Marktbericht. Der Markt war gut besetzt, doch war nirgends eine Preissteigerung zu beobachten. Kartoffeln wurden zu 8.10 M. das Fund angeboten. Weizen war reichlich vorhanden. Feinster 150 M., Scharlein das Fund zu 10-12 M., Eier 4.20-4.50 M., Butter 74 M. Sehr lebhaft ging es auf dem Viehmarkt zu. Junge Schafe kosteten 70-125 M., Kühe 70-125 M.

Freiburg i. Br., 11. Mai. Rücktritt des Oberbürgermeisters Dr. Emil Thoma. Oberbürgermeister Dr. Thoma hat in einem Schreiben vom 4. ds. Mts. den Stadtrat um Vergebung in dem Ruhestand gebeten.

Rheinische Creditbank
 Filiale Baden-Baden.
 Telefon: 1180 — 1190 — 1580 — 1581 — 1582 — 1584 — 1585.

Süddeutsche Diskonto-Gesellschaft A.-G.
 Filiale Baden-Baden
 Luisenstraße 2 (gegenüber der Trinkhalle).
Bankhaus Carl T. Hermann & Co.
 Sofienstraße 6. Telefon 101 u. 704.

Karl J. Kessel Baden-Baden
 Sofienstr. 22, Tel. 609.
 Kaufm. Sachverständiger u. Treuhänder
 Vermögens- und Nachlassverwaltungen. — Immobilien und Hypothekendarlehen. — Ankauf- u. Versicherungen.

Detektiv Rulo Baden-Baden
 Ludwig Wilhelmstr. 22 — Weit-Auskunft
 Ermittlungen jeder Art
 Reell 845 Telefon 943 Diskret

SPEZIAL-HUT-GESCHAEFT
 KARL BEHRLE
 LANGESTR. 14 TELEPH. 892

Färberei u. Chemische Waschanstalt
 Friedrich Thomas (Gegründet 1872).
 Sofienstrasse 21, Baden-Baden.
 Beurenstrasse 16, Tel. 708, Baden-Lichtenthal.

Hotels, Restaurants, Café u. Vergnügen

Hotel „Europäischer Hof“

„Kurhaus - Restaurant“
 Weingroßhandlung.
 Zweiggewerbe:
 Städtisches Merkur-Restaurant.

Brenners Kurhof

Hotel Russischer Hof
 Haus I. Ranges
 das ganze Jahr geöffnet

Im Quellenhof (Erdgeschoss):
ALTE BADISCHE WEINSTUBE
 Im süßen Lächel
 Spezialität: Bad. Landweine vom Faß
 Bekannt durch Küche und Keller

HOTEL ATLANTIC
 an der Lichtenthaler Allee
 Fließendes Wasser — Bäder — Appartements

REGINA-HOTEL
 P. KEPPELER
 VORNEHMSTES FAMILIENHOTEL

HOLLAND-HOTEL
 das erstklassige Familien-Hotel
 Geöffnet vom 1. März bis 1. Dezember.

HOTEL DREI KÖNIGE
 Südlage. Nähe des Kurhauses und der Kuranlagen. Neuzeitlich eingerichtet. Centralheizung. Das ganze Jahr geöffnet.
 L. August Hoffmann.

Hotel Schwarzwaldhof
 Wein- und Bier-Restaurant. Gut bürgerl. Haus
 In nächster Nähe der Bade-Anstalten
 Telefon Nr. 9 A. Wädele.

Hotel und Badhaus „Zähringer Hof“
 Vornehmes, behagl. Familienhotel, Thermalbäder
 — Grosser Park —

Peter's Badhotel „Zum Hirsch“
 das ganze Jahr geöffnet. Eigene Thermal-Bade-Anstalt. Pensionspreis

Hotel Schweizerhof, rechts am Bahnhof
 Gut bürgerl. Haus. Centralheizung, elektr. Licht
 Das ganze Jahr geöffnet. Tel. 511. Besitzer: Max Hoffmann

Hotel Markgräfler Hof, gegenüber dem Bahnhof
 Gutbürgerl. Haus, 7 Qualitätsweine, gute Küche

Trocadero-Künstler-Spiele Baden-Baden
Kinema-Palast Gernsbacherstraße

Gefächliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan

Möbelhaus Kaiserhof
 Baden-Baden, Sofienstrasse 22
 Billigste Bezugsquelle in Wohnungs-Einrichtungen, Teppichen, Möbelstoffen, Gardinen.

Partiewarenhaus Jos. Götzl
 Herren- und Damenbekleidung, Wäsche, Stiefel zu bekannt billigen Preisen.

Abfahrt in Richtung:

Pforzheim	Bruchsal-Heidelberg	Schwetzingen-Mannheim	Ettlingen-Rastatt	Darmstadt-Rastatt	Maxau-Pfalz	Eppingen
Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.	Vorm. Nachm.
W 4.25	W 4.25	W 4.25	W 4.25	W 4.25	W 4.25	W 4.25
W 6.30	W 6.30	W 6.30	W 6.30	W 6.30	W 6.30	W 6.30
W 8.35	W 8.35	W 8.35	W 8.35	W 8.35	W 8.35	W 8.35
W 10.40	W 10.40	W 10.40	W 10.40	W 10.40	W 10.40	W 10.40
W 12.45	W 12.45	W 12.45	W 12.45	W 12.45	W 12.45	W 12.45

W: Wochentags. Sa: Samstags. S: Sonntags. W*: Wochentags ausgenommen Samstags. D: D-Zug. L: Luxuszug.

Rheinholdt-Haus Baden-Baden
 Inh.: Erich Batschari
 Ältestes und größtes Spezialhaus Badens für Cigaretten Cigaretten Rauchtabake
 Man verlange Preisliste!
 Für Wiederverkäufer günstigste Sonderpreise.

Kleidung Schuhe Putz

Eduard Amend
 Telef. 1082 B.-Baden Langestr. 9
 Herren- u. Knaben-Konfektion, Herren-Artikel

Geschwister Knopf
 Grösstes Kaufhaus am Platze

Jos. Meermann
 Gernsbacherstr. 13 u. 15 Tel. 770
 Weiß-, Woll- und Modewaren.

C. F. KOPF
 Langestraße 8 — Telefon 206
 Spezialhaus f. Gardinen
 Anfertigung nach Angabe.

Ludwig Finzer Lichtentalerstr. 3
 Wäschehaus für Damen und Herren.
 Eigene Werkstätten Aussteuern.

Albert Fromherz Langestr. 29
 Manufaktur Modewaren Konfektion.
Fridolin Weißhaupt Langestr. 29
 Herrenkonfektion u. Maßarbeit.

Modehaus Gebr. Schmidt
 Damenkonfektion, Kleiderstoffe, Seidentoffe
Carl Seck, Wilhelmstraße 4
 Manufaktur- und Modewaren
 Aussteuer-Artikel Herren-Anzugstoffe
 Telefon Nr. 109 **E. JACOBY** Sofienstr. 14
 Erstes Haus für Damen-Moden.

Joh. Schnürle, Langestraße 50
 Schnhwaren Mass und Reparaturen.
Schuhhaus Karl Groß
 Baden-Baden, Weststadt
 empfiehlt sein reichhalt. Lager zu billigen Preisen

Genuß- und Lebensmittel, Zigarren

Kaufhaus Jos. Huck 12 Langestraße 12
 Billigste und beste Bezugsquelle für alle Artikel des täglichen Bedarfs.

Telephon Adolf Kaufmann Inselstr. 4
 Fisch-, Wild- und Geflügelhandlung.
Leo Kah, Metzgerei u. Würsterei
 Langestraße 29 Telefon 10.
 Amelonen, Langestr. 31
 Spezialgeschäft feiner Fleisch- u. Würstwaren

A. Walter Landesprodukten-Großhandlung
Joseph Seher 41 Langestr. 41
 Telefon 904 Kolonial-Delikatesswaren.

PIANOS Mäßige Preise
Hermann Langestr. 58 Tel. 473

Kaufhaus Emil Nachmann
 Gernsbach (Baden)
 Billigste Bezugsquelle für
Manufaktur, Weißwaren, Herren- und Damenkonfektion
 Möbel, sowie Aussteuerartikel

Rud. Heilmann, Sofienstr. 3a
 gegenüber der Reichspost am Leopoldplatz.
Spezial-Haus feiner Herren-Moden.
Josef Schmaldenberger, Langestr. 20
 Schuhwaren. Eigene Werkstätte.

Sägewerke Baden-Baden
 G. m. b. H.
 Baden-Baden - Geroldsau
 — Telefon 288. —

Ettingen

A. Streit Manufaktur Modewaren

Joh. Seiter, Ettingen
 Hut-, Mäntel-, Schirm- und Sport-Artikel.
 Hut- und Schirmreparaturen.

Futterartikel, Kunst- dlingen, Sämereien
 Gross- und Klein-Verkauf.
Ludwig Jaeck, Kronen- Metzgerei u. Würsterei
 Pforzheimerstrasse 83

Max Falk Zigarrenhaus P. Rees
 Kolonialwaren
 Mehl u. Futtermittel
 Erstes u. ältestes Spezialgeschäft am Platze.

Rentschler Söhne, Sägewerk
G. Schneider & Söhne
 Ettingen bei Karlsruhe
 Grosses Lager in Papieren und Kartons
 aller Art für sämtliche Verwendungszwecke.

Kaufhaus Freund & Co. Carl Becker, Schuhwaren
 Ettingen. Reparaturen jeder Art.

Hack & Blau Eisenwaren-Fabrik
 Telefon 47.
Loeser & Leonhardt
 Diamantwerkzeugfabrik.

Eisen- u. Metallgießerei
 G. m. b. H., Ettingen. Telefon 144.
 Beste handhabungssichere
Sprengstoffe
 für alle Zwecke
 wie Ammonalpulver-Sprengstoffe, Silvit-Pulver,
 Sprengkörper, Sprengpulver, Sprengsalpater,
 Sprengkapseln, Zündschnüre, elektr. Zünder,
 Zündapparate, Leitungsprüfer, Leitungsdräht etc.

Pulverfabrik Ettingen (Baden)
 Tel. Nr. 8.

Durlach

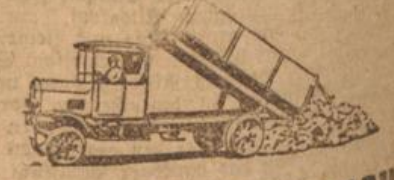
Lederfabrik Durlach
 Herrmann & Eitlinger G. m. b. H.
 Durlach bei Karlsruhe (Baden).

Weingroßhandlung
 Brantwein - Brennerei - Likör - Fabrik
Eugen Scherer
 Du-lach (Baden).

Melany & Stepon, Durlach
 Fernsprecher Nr. 99 Hauptstrasse 43-50
 Werkzeuge u. Beschläge
 Haus- und Küchengeräte.

Gritzner : Durlach
 Nähmaschinen - Fahrräder.

Arnold Biber
 Pforzheim - Durlach
 Fabrik zahnärztlicher Einrichtungen
 Eisen- und Metallgießerei.



Benzwerke Gaggenau

kaufen Sie
in prima Ausführung
und billigen Preisen
in

Kaufmanns Etagegeschäft
für
Offenbacher Lederwaren
Steinstr. 6 II.

Damentaschen Besuchstaschen
Klein-Lederwaren Aktenmappen

Drei Striche

mit Schuhputz Pilo
und die Stiefel sind
blitz-blank.
Pilo glänzt im Nu -
und erhält die Schuh

Residenz-Lichtspiele
Waldstrasse 30
5111 Teleph. 5111

Ab Freitag, 12. bis einschl. Donnerstag, 18. Mai
ununterbrochen von nachmittags 2 Uhr bis abends 11 Uhr
ausserdem **Sonntag, 14. Mai**, vormittags 11 bis 1 Uhr

Fridericus Rex
Ein Königsgeschick

I. Teil: „Der Sohn eines harten Vaters“
II. Teil: „Vater und Sohn“ 3714

In der Hauptrolle:
Friedrich der Große . . . Otto Gebühr
Fürst von Dessau . . . Eduard v. Winterstein
König August III. . . . Erich-Kaiser-Tietz
Prinzessin Elisabeth . . . Erna Morona.

Ort der Handlung: Berlin, Potsdam, Dresden, Sinsheim i. B.

Man wolle gefl. beachten, daß zu sämtl. Vorstellungen
nur an der Kasse gelöste Karten zum Eintritt berechnigen
Freikarten, Passepartoutkarten sind unzulässig.

H A P A G

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNION AMERICAN LINES INC

Nord-, Zentral- und Süd-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und
ausländische Häfen. — Hervorragende
II. Klasse mit Speise- und Rauchsaal,
Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer

Eine wöchentliche Abfahrt von
HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
Karlsruhe: Südd. Disconto-Ges. A. G.
Depotkassens Markt-Ver-Friedrichstr. 7 (Hotel Grasse)

STADTGARTEN

Sonntag, den 14. Mai 1922, nachmittags 4-7 Uhr
Anlässlich des Karls-Fest-Konzert. Harmoniekapelle
ruher Gausingerleitetes Fest-Konzert. Leitung: Hugo Rudolph
Abends von 8-11 Uhr: „Sang u. Klang“ Doppelkonzert
der Harmoniekapelle unter Mitwirk. des Karlsruher Sängerkorps.
Anschließend bengalische Beleuchtung der See- und
des Springbrunnens. Lampionschmuck der Boote
Eintritt: nachmittags u. abends je 3 Mk (Inhaber von Jahres-
karten) 5 Mk (Sonsstige) einm. Lustbarkeitssteuer, Kinder je
die Hälfte. Vorverkauf: Verkehrsverein, Kiosk beim Hotel
Germania und Stadtgartenschalterkassen. 84
Bei schlechtem Wetter fallen beide Veranstaltungen aus.

Freitag, den 12. Mai 1922

Landestheater **Konzerthaus**
7-10 Uhr, Mk 45.- 7-10 Uhr Volksbühne
Abonnement D 3 M 1
Th. Gem. B. V. B. Nr. 2501
bis 2500 **Der Kaufmann**
Schaubraude. von Venedig.

1. Abt. Sport-Klub
Germania
Sportfreunde
Karlsruhe.

Geschäftsstelle:
Kapellenstr. 12
Lokal: „Grüner Baum“
am Duracherort.

Badisches Landestheater. Im Landestheater, Sa. 13. * Abonn. F 3, König Richard II. 1/7 (30.-). Th. Gem. B. V. B. Nr. 2101/2300. So. 14. Neu einstudiert. Die schöne Helena 1/7 (50.-), Mo. 15. * Musikalische Abendfeier 1/2 (15.-), Th. Gem. B. V. B. Nr. 201/700. Dia. 15. Volksbühne J. I. Martha 7 (45.-), Mi. 17. * Abonn. C 3 Das Kind 7 (30.-), Th. Gem. B. V. B. Nr. 1401 bis 1900. Do. 18. * Volksbühne E 8, die geraden Reihenplätze und die geraden Logen. Der Frel-schütz 7 (45.-), Th. Gem. B. V. B. alle Nummern über 300. Fr. 19. * Abonn. G 3. Die schöne Helena 7 (45.-), Sa. 20. Stadtgarten-Fest-halle. Wohltätigkeitsfest, Bühne und Welt Gartenfest 30.-, Modetee 30.-, Ballfest 40.-, So. 21. Lohengrin 5 (15.-), Th. 23. * Abonn. E 3. Pater Gynt 5 (30.-) Th. Gem. B. V. B. Nr. 1001 bis 1100.

Im Konzerthaus, So. 14. * Minna von Barnhelm 1/7 (21.-), Fr. 19. Volksbühne M 2, Der Kaufmann von Venedig 7. So. 21. Volksbühne L 8, Kater Lampe 7 (21.-), Mo. 22. Volksbühne L 9, Kater Lampe 7. Auslösung der Karten für die Teilnehmer der Theater-gemeinde jeweils am Vortag und Tag der Auf-führung in der Geschäftsstelle (10-1/2, 4-6 Uhr). Vorrecht für Umtausch der Vorzugs-karten und Vorzugsrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 13. Mai, nachmitt. 1/4-5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 15. Mai an.

Der Ring des Nibelungen. Sa. 27. Das Rheingold. So. 28. Die Walküre. Mi. 31. Siegfried. So. 4. Juni Götterdämmerung. Sonder-abonnement: I. Rang 210.-, Sperritz I. 180.-, Sperritz II. 150.-, Park-Loge 160.-, II. Rang 130.-, I. I. Rang 95.-, IV. Rang 65.-. Vorrecht hierzu für Abonnenten und Inhaber von Vor-zugskarten am Mittwoch, den 17. allgemeiner Verkauf ab Donnerstag, 18. an der Theater-kasse (Vorverkauf). Verkauf zu einzelnen Vor-stellungen des Ringes von Dienstag, den 28. an.

Am Samstag, 13. Mai
abends 7/8 Uhr findet
im Lokal „Grüner Baum“
am Duracherort.
unser
Monats-Versammlung
statt. Da wir uns nur
noch 8 Tage vor unse-
rem Jubiläumstest be-
finden, ist es Pflicht
eines jeden Passiven
und Aktiven pünktlich
zu erscheinen. Wir be-
nötigen auch noch 20
Mitglieder der Quar-
tiere für die auswär-
tigen Sportgenossen.
Wir richten daher an
unsere Mitglieder die
Bitte, jeder o. neu Sport-
kollegen zu nehmen.
Anmeldung in der Ver-
sammlung.

Sonntag, 14. Mai
I. Ringemannschaft
zum Städte-Wettkampf
nach Otfersheim. Ab-
fahrt wird in der Ver-
sammlung bekannt ge-
geben. Abends: Zus-
ammenkunft im
Lokal.

Voranzelge!
Samstag, 20. Mai
Fest-Bankett
im „Friedrichshof“.
Sonntag, 21. Mai
Grosse nationale
Jubiläum-Weißkämpfe
auf dem Sportplatz
Hochschul- u. Sportplatz.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verein
Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Achtung Bauanschläger!
Samstag, den 13. Mai, abends 7 Uhr

Verjammlung
in der Wirtshaus zur „Saterne“, Gartenstraße 57.
8706 Die Sekundarleitung.

prima Speisehar'offeln
empfiehlt zu Tagespreisen
Lebensbedürfnis-
verein. 8705

Heute und morgen
prima junges, fettes
Ruhfleisch
Pfund 28 und 30 M.
H. Inr. Salm, Metzgermeister
Scherrstraße 14. 8699

Hausbesitzer!
Wir laden sämtliche Hausbesitzer von Karlsruhe
zu einer großen
Kundgebung
am Sonntag, den 14. Mai 1922, vormittags
1/2 12 Uhr in das

feuerio
Doppelfettseife
80% Fett
daher größte Ausgiebigkeit,
das Beste für die Wäsche.
VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften

Konzerthaus
ein. Tages-Ordnung:
1. Das am 1. Juli in Kraft tretende
Reichsmietengesetz.
1. Die direkte Erhebung der Gebühren
vom Mieter.
Eintritt Mk. 3.-, zur Bekretung der Kosten.
Ausweis als Hausbesitzer ist vorzuzeigen.

Grund- und Hausbesitzer-Verein
Karlsruhe
Der Vorstand: Deines, 1. Vorsitzender.

Infolge der andauernden Preissteigerung
für Rohmaterialien, Gas, Kohlen, Miete und
sonstigen Unkosten, sowie Erhöhung der
Löhne, sieht sich die Unterzeichnete ge-
nötigt, ihre derzeitigen Wäschepreise zu
erhöhen. 8700

**Vereinigung der Wäschereien
von Karlsruhe und Umgebung.**

Arb. Gesv. Gleichheit
19 04
Sonntag, den 14. Mai,
**Familien-
Mai-Ausflug**

in den Wildhart nach dem
alten Jagdbau (soeben an-
gekauft) (Kornenthaus), links
der Grabener Mühle. Für
Nachzügler ist der Weg
durch Wälder ebenfalls
gemacht. Abmarsch um
8 Uhr, Ede Park-
und Carl Wilhelmstrasse.
Für Erklärungen ist gefordert. Wandbrot u. Trink-
getränke sind mitzunehmen. Hierzu laden wir unsere
Mitglieder und deren Angehörige, sowie Fremde bei
Bereitschaft ein. 8715 Der Vorstand.

**Fahrrad-
Gebirgs-M intel**
erhöhter Preis. (Fahrrad
mit 10 kg, da jetzt ein
hoher Einkauf.)
Eugen Schaeffer
Durlach
Gauptstr. 81 b. Bahnhof.

1 Steinschleifer
sowie
1 Schleifer
für alle Schleiferarbeiten
ge sucht.

Wabische
Bekleidungs- u. Anstalt,
Zub.: Karl Werel
Waldstr. 5 Stillingen (Bad.)

Bestellungen auf
Hühner, Enten- und
Gänse-
Meisen
Samstags, am 15. ds. Mts.
entgegen.
G. Maier, Im Grün 19,
Gartenstadt.

Paul Mühlenhaupt, Rastatt
Delikatessen und Lebensmittel
Kapellenstraße 3 Telephon 526

Große Auswahl in
nord- und süddeutschen Vorstufen,
Aufschnitt, Eier, Butter, Käse,
geräucherte Fische u. Fischmarinaden,
Wein, Kognak, Liköre, Tee, Kakao,
Kaffee, Keks, Pumpernickel u. Roggen-
schrotbrot. — Feins e Xox Koke.

**Bezirksverein der
Deutsch-Österreicher**
in Karlsruhe.

Lichtbilder-Vortrag
über Deutsch-Böhmen
vom Erzgebirge bis längs der deutschen
Grenze im Unolonthster, Kaiser-
straße 211, am Sonntag, den
14. Mai 1922, vormittags 11 Uhr

Nachmittags 5 Uhr, im Restaurant
„Ziegler“, Baumelstraße 18

Bankett und Ball
unter Mitwirkung erstklassiger
Künstlerinnen und Künstler.
Der Vorstand. 8702

Plankuch & C
Spezial-
0-Mehl
Pfund
Kart 10.-
Plankuch & C